

Demokratie braucht Zeit



Ambrogio Lorenzetti, „Il buon governo“ (Ausschnitt), 1338-40, Siena, Palazzo Pubblico

In dieser Ausgabe

Thema: Demokratie braucht Zeit

Einführung	1
Ist die Zeitpolitik dabei, in der Politik anzukommen?	3
Eine Glosse zur Demokratie	9
Mehr Zeit! – Online jederzeit!	10
Zeitpolitik und Finanzmarktkrise	21

Aus der DGfZP

Programm der Jahrestagung 2013	27
Zur Familienzeitpolitik	28
Zeit für häusliche Pflege	28
Forum – Mitglieder melden sich zu Wort	29
Who is who?	30

Veranstaltungen, Projekte, Informationen	32
--	----

Neue Literatur	34
----------------	----

Antrag auf Mitgliedschaft	36
------------------------------	----

Impressum	37
-----------	----

Liebe Leserin, lieber Leser,

Wenn Prozesse politischer Entscheidungsfindung unter Zeitdruck abgekürzt werden, wie das zunehmend zu beobachten ist, geschieht das auch zu Lasten ihrer demokratischen Qualität. Denn Demokratie braucht Zeit. Drei um unsere Demokratie besorgte und zeitpolitisch engagierte Bremer – *Peter Beier*, *Klaus Körber* und der Vorsitzende der DGfZP, *Ulrich Mückenberger* – haben sich mit diesem Problem auseinander gesetzt und die DGfZP hat es 2013 zu ihrem zentralen Jahresthema gemacht. In Zeitpolitischen Gesprächsveranstaltungen in Berlin und in Bremen haben die Debatten begonnen, *Ulrich Mückenberger* gibt dazu den diesmal besonders umfangreichen Thementeil des vorliegenden ZpM heraus und auf der Jahrestagung 2013 der DGfZP, deren Programm Sie auf S. 27 finden, wollen wir über die zeitpolitischen Implikationen aktueller Beispiele und Modelle demokratischer Partizipation diskutieren.

Außerdem finden Sie in dieser Ausgabe Hinweise zu aktuellen Impulsen aus der DGfZP in die Politik. Dabei geht es um einen Themenbereich, in dem sich die DGfZP seit ihrer Gründung vor nun mehr elf Jahren besonders engagiert: um Optionen für besseres Vereinbaren der Zeiten für Erwerbsarbeit mit Zeiten für private Sorgearbeit für Kinder, für kranke und alte Menschen und auch für sich selbst. Und Sie finden in der Rubrik „Aus der DGfZP“ jetzt auch einen Ort für Ihre Stellungnahmen und Anregungen: „Forum – Mitglieder melden sich zu Wort“. Nutzen Sie diesen Ort!

Ihnen allen einen schönen Sommer!

Helga Zeiher

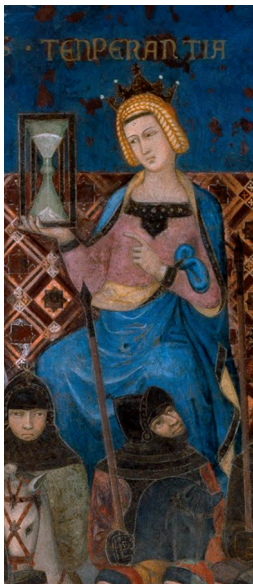
Thema: Demokratie braucht Zeit

Einführung in den Thementeil

Es gibt ein Kunstwerk, das in unnachahmlich klarer Weise den Zusammenhang zwischen einem gut geführten Gemeinwesen und der Lebensqualität von deren Bürger/innen vorstellt: die Fresken des „Buon Governo“ von 1338-40, die Ambrogio Lorenzetti im Palazzo Pubblico in Siena hinterlassen hat (s. Deckblatt). Diese Fresken sind lehrreich und kurzweilig, weil sie uns genau die Geschichte erzählen, nach der wir suchen. Was macht die gute Regierung aus? Die Bürger (Bildmitte), die ihrerseits der Gerechtigkeit (links) durch eine Kordel verbunden sind, reichen eben diese Kordel weiter an den dem Sieneser Bürgertum entstammenden

Mächtigen (rechts) zur Macht. Die damit angesprochene „*Concordia*“ kommt von „*concor*“ (Herz). In der Ikonografie Lorenzettis verbindet sich „*Concordia*“ im Italienischen zugleich mit „*corde*“ (Schnur). Damit ist das „soziale Band“ thematisiert – die Bürger übertragen dem Herrscher das soziale Band; er hat es nicht schon von selbst.

Zugleich ist der gerechte Sieneser Mächtige gerahmt von den Allegorien (nur teilweise im Bild) des Friedens („*pax*“), des Mutes („*fortitudo*“), der Klugheit („*prudentia*“), der Großgesinntheit („*magnanimitas*“), der Mäßigung („*temperantia*“) und der Gerechtigkeit („*iustitia*“) – darüber finden wir Glaube („*fides*“), Liebe („*caritas*“) und Hoffnung („*spes*“).



Temperantia, die Allegorie der Mäßigung (Abb. links), wird bis dahin allegorisch meist mit zwei ungleich gefüllten Krügen symbolisiert. In ihrer Hand aber sehen wir eine große Sanduhr. Der etymologische Stamm „*temp*“ des lateinischen „*temperare*“ („mischen“) wird hier aus einer Massen- in eine Zeiteinheit umgedeutet. Aus dem Mischen räumlich abgebildeter Massen wird ein zeitliches Begrenzen. *Temperantia* schaut der verstreichenden Zeit nach. Ihr Finger zeigt – nach der Ikonographie der Zeit wohl Beachtung heischend und mahnend – auf die Sanduhr.

Zeit wird hier noch nicht nach Stunden und Minuten bemessen verstanden, sondern als Beginn und Ende, als Tatsache der Befristetheit alles Lebens.

Warum wir diese Fresken zur Illustration des Themas „Demokratie braucht Zeit“ wählen? Nun: Demokratie setzt sich aus Übertragung des sozialen Bandes an Mächtige und aus deren Inspiration durch Tugenden zusammen. Beides – Beteiligung und Inspiration – setzt allerdings Zeit voraus. Das sollen die Beiträge dieses ZpM und die Jahrestagung 2013 der DGFZP belegen.

Wie wird Politik in unserer Gesellschaft gemacht? Welchen Einfluss auf das Gelingen von Demokratie hat die Zeit, die für öffentliches Erwägen des Für und Wider von politischen Entscheidungen vorhanden ist? Welchen Einfluss darauf hat die zeitliche Gestaltung von Entscheidungsprozessen? „Demokratie“ ist in unserem Land der verbindliche Modus öffentlicher Entscheidung. „Demokratie braucht Zeit“ hebt die zeitlichen Anforderungen an öffentliche Erwägung und öffentliches Entscheiden hervor, um diesen die Qualität des „Demokratischen“ zuschreiben zu können.

Zur Beschäftigung mit Demokratie und ihrem Zeitbedarf, ihrer „Eigen-Zeit“, besteht aktueller Anlass. Unsere parlamentarische Demokratie unterliegt permanenter Beschleunigung.

Probleme werden komplexer – die Zeit, sich mit ihnen fachkundig auseinanderzusetzen, knapper. „Shorttermism“ lautet die Devise. „Sachzwänge“ und „alternativlose“ Entscheidungen lassen den Glauben an die autonome Steuerungsfähigkeit des politischen Systems schwinden. Unter der Hand verschiebt sich die Willensbildung von Parlamenten auf transnational vernetzte Exekutiven. Zeitaufwändige ergebnisoffene parlamentarische und öffentliche Debatten erscheinen obsolet. Der eigentliche Souverän, das Volk, verliert an Stimme und Einfluss. Wenn die politische Steuerung nach außen verlagert wird, wenn sie vom Markt und seinem, zum Teil sogar maschinengesteuerten, Zeitmodus beherrscht wird, was wird dann aus der Eigen-Zeit der Demokratie?

Es gibt gleichzeitig neue Formen politischer Willensbildung und Entscheidungsfindung, die auf ein zunehmendes Selbstbewusstsein und zunehmenden Beteiligungs- und Gestaltungswillen der Bürger/innen reagieren. Hier geht es um Bürgerbeteiligung und politische Partizipation und somit um die weitere Demokratisierung unseres politischen Systems. Dieses Mehr an Demokratie braucht auch ein Mehr an Zeit, einen anderen Zeitgebrauch: Zeit für Debatten, Diskurse, kommunikative Nachdenklichkeit. „Zeit für Demokratie“ zu fordern, heißt vor allem, Zeit lassen und Zeit schaffen für demokratische Beteiligung und Meinungsbildung. Nötig sind Zeit für Einbeziehung der Bürger, Zeit für Diskurse – für Argumentieren, Zuhören und Abwägen – sowie Zeit für Ruhe und Gelassenheit. Diese allgemeinen Forderungen müssen sich konkret auf drei Bestandteile des demokratischen Prozesses beziehen: auf die Zeit und Zeitorganisation politischer Entscheidungsprozesse, auf die Zeitorganisation politischer Institutionen und auf die Zeitbedingtheit der Resultate politischen Entscheidens. Die Verfasstheit unseres politischen Systems als Demokratie hat also *eine zeitpolitische Dimension*. Dies dringt allmählich ins öffentliche Bewusstsein.

Angesichts einer Politik der Kurzatmigkeit, vieler hyperschneller politischer Entscheidungen und Gesetzgebungsverfahren sowie der Herrschaft schneller anonymer Märkte über das politische Entscheiden stellt sich die Frage, welche Antworten auf diese Herausforderungen und Bedrohungen der Demokratie Zeitpolitik bieten kann. Solche Antworten zu suchen, ist Ziel sowohl dieser Ausgabe des ZpM als auch der diesjährigen Jahrestagung der Deutschen Gesellschaft für Zeitpolitik. Im ZpM bereiten wir Rahmenbedingungen auf, die zum Thema „Demokratie braucht Zeit“ hinführen. Auf der Jahrestagung werden wir uns strategisch der Frage zuwenden, wie Zeitpolitik auf einen so komplexen Gegenstand wie Demokratie fruchtbringend bezogen werden kann.

In diesem ZpM finden sich zunächst Politikeraussagen aus diesem Jahr oder dem Vorjahr. Sie verweisen aus unterschiedlichem Kontext auf den Zeitdruck, unter welchen

Politik – gerade unter dem Eindruck der Finanzmarktkrise – geraten ist, und bemühen sich um zeitliche Orientierungspunkte für eine nachhaltigere Politik. Mal dreht es sich mehr um die Beteiligungs-, mal mehr um die Zeitkomponente öffentlicher Willensbildung. Aber gemeinsam sind allen die aktuelle Sorge um Demokratie und der Wunsch nach deren Verbesserung. Wir zitieren auf europäischer Ebene *Martin Schulz*, Präsident des Europa-Parlaments und auf Ländererbene *Stanislaw Tillich*, Sächsischer Ministerpräsident.

Mit einer ganz und gar unstaatsmännischen Glosse zur Demokratie bereitet *Albert Mayr* den Übergang zum zweiten Schwerpunkt dieses ZpM. Darin stellt *Klaus Körber* in einem dokumentierenden Beitrag aktuelle Netzwerkinitiativen und ihre zeitpolitische Verortung vor. Hier wird die Demokratiefrage als Frage nach den Beteiligungschancen gestellt, die sich durch Nutzung neuer elektronischer Medien bieten: Ist mehr Demokratie möglich durch „liquid democracy“? Dargestellt werden die Piratenpartei, die auf elektronisch gestützte direkte Parteidemokratie setzt, die „Liquid democracy“-Bewegung und der darauf gestützte Fall „Liquid Friesland“ sowie die Organisation „Campact“, die Online-Mobilisierung für politische Kampagnen betreibt. Diese Beispiele sind durchweg nicht zeitpolitisch konzipiert – sie meistern aber das elektronische Arsenal so souverän, dass die raumzeitlichen Koordinaten von Beteiligung völlig neu positioniert werden und neue

Chancen für radikale Basisdemokratie erschlossen (oder erschließbar?) erscheinen.

Es fügt sich gut, dass in diesem ZpM eine Auseinandersetzung um das Buch von *Friedhelm Hengsbach* „Die Zeit gehört uns – Widerstand gegen das Regime der Beschleunigung“ abgedruckt wird. Hengsbach führt das gegenwärtige Beschleunigungsregime wesentlich auf die Finanzmarktkrise zurück – *Ulrich Mückenberger* fragt ihn, ob er damit nicht zeitpolitisch ein wenig zu kurz greift.

Die Jahrestagung am 25. und 26. Oktober 2013 in Berlin wird den zeitpolitischen Blick wieder nach vorn richten. Von namhaften Expert/innen werden negativ wie positiv erscheinende Beispiele von und Vorschläge zu Bürger-Beteiligung (Stuttgart 21, Campact, Projekt Endlagersuche, Europäische Bürgerinitiative, Großer Ratschlag) auf ihre zeitpolitischen Implikationen und Verbesserungschancen hin vorgestellt und diskutiert. Und: Mit bekannten Vertreter/innen neuer zivilgesellschaftlicher Organisationen wird nach Initiativen und Kooperationen gesucht, um eine zeitpolitisch geläuterte Form der Demokratie auch Wirklichkeit werden zu lassen.

Ich wünsche aufschlussreiche Lektüre dieses ZpM – möge es den Einen und/oder die Andere auch zum Besuch unserer Jahrestagung inspirieren.

Ulrich Mückenberger

Ist die Zeitpolitik dabei, in der Politik anzukommen?

Eine Dokumentation

Nachdenkliche Politiker sind in der jüngsten Zeit dem Zusammenhang zwischen Demokratie und Zeit näher gekommen. Sie erleben oft im eigenen Politiker-Alltag, wie wenig Zeit sie für die Entscheidungen von Problemen mit großer Tragweite haben. Sie spüren, dass der politische Betrieb zur Kurzfristigkeit neigt und dass dies langfristig nachhaltige Problemlösungen und Gestaltungen oft erschwert oder gar ausschließt. Die Politik kopiert dabei die wirtschaftlichen Trends zum „short-termism“: zum „shareholder value“-Handeln, zum „Turbo-Kapitalismus“. Und diese Politiker sehen das Kernmerkmal demokratischer Politik – Beteiligung der Betroffenen an Beratung und Entscheidung von Grundentscheidungen – durch bürokratische Multiplizierung der Entscheidungsgegenstände, durch Verschiebungen der Entscheidungsorte und durch den Verlust von Zeit für demokratische Teilhabe gefährdet.

Im Folgenden dokumentieren wir zwei Stellungnahmen von Politikern, die die zeitliche Prekarisierung des herrschenden Politikbetriebes zum Gegenstand haben und um Abhilfe dafür

bemüht sind. *Martin Schulz*, der Präsident des Europäischen Parlaments, äußerte in seiner vielbeachteten Berliner Europa-Rede vom 9. November 2012: „Mit Tageslösungen werden die entfesselten Finanzmärkte nicht zu bändigen sein. Den Primat der Politik durchzusetzen, das strategische Interesse eines geeinten Europas angesichts weltpolitischer und weltwirtschaftlicher Gewichte-Verschiebungen nicht aus dem Blick zu verlieren – das erfordert eine Rückkehr zur Langfristigkeit.“ Ebenfalls auf Europa gerichtet formulierte *Joachim Gauck*, der amtierende Bundespräsident, in seiner Rede zu Perspektiven der europäischen Idee am 22. Februar 2013 in Schloss Bellevue – vielleicht weniger zeit- als einflussbezogen: „So anziehend Europa auch ist – zu viele Bürger lässt die Europäische Union in einem Gefühl der Macht- und Einflusslosigkeit zurück.“ (Der beabsichtigte längere Auszug aus der Rede des Bundespräsidenten wurde von seiner Pressestelle nicht genehmigt – daher müssen wir leider auf den Abdruck verzichten.) Einen zeitpolitisch bedeutsamen Schluss aus der Zeitfalle der

Politik zog *Stanislaw Tillich*, Sächsischer Ministerpräsident, in seiner Rede als Ehrengast der 469. Schaffermahlzeit am 8. Februar 2013 in der Bremer Rathaushalle. Um der Entscheidungsqualität und -legitimität willen forderte er ein Mehr an Zeit bei Entscheidungen über wichtige Zukunftsfragen: „Ich möchte nicht, dass mein Plädoyer für mehr Zeit in der Politik missverstanden wird. Es geht nicht ums Aussitzen oder um Politik in Zeitlupe. Im Gegenteil: Dieses Mehr an Zeit soll sicherstellen, dass die Politik bei wichtigen Zukunftsfragen

den richtigen Kurs einschlägt und die Entscheidungen demokratisch legitimiert sind. Und es geht auch darum, dass im entscheidenden Moment zügige Entscheidungen möglich sind, weil klar ist, was wichtig ist und was nicht.“

Die Jahrestagung der DGfZP „Demokratie braucht Zeit“ wird gerade solchen Erfahrungen und Ansätzen zeitpolitischer Gestaltung der Demokratie nachgehen. Wir dokumentieren im Folgenden Auszüge aus den Reden der beiden Politiker.

Ulrich Mückenberger

„Die Rückkehr zur Langfristigkeit“

Berliner Europa-Rede am 9. November 2012

von Martin Schulz, Präsident des Europäischen Parlaments

...An diesem schicksalhaften Datum, dem 9. November, gerade hier in Berlin, eine Europa-Rede zu veranstalten und damit gleichsam zu verdeutlichen, dass die deutsche und die europäische Geschichte so untrennbar miteinander verbunden sind wie die deutsche und die europäische Zukunft – das ist eine kluge Initiative! Dafür möchte ich Ihnen von Herzen danken... Der EU wird am 10. Dezember in Oslo der Friedensnobelpreis verliehen... Diese Auszeichnung gibt uns die Gelegenheit, einmal über die Tagespolitik hinaus, über den Ereignisdruck der Mediengesellschaft hinaus, über die Kurzatmigkeit unseres alltäglichen Handelns hinaus, darüber nachzudenken, was wirklich wichtig ist... Uns soll dieser Preis... Mahnung sein, in der jetzigen Krise, der schwersten Krise der europäischen Einigung, die Politik des Durchwurstelns zu beenden und zu einer Politik der Langfristigkeit zurückzukehren.

Jürgen Habermas schrieb über meine Politikergeneration von „*einer normativ abgerüsteten Generation, die sich von einer immer komplexeren Gesellschaft einen kurzatmigen Umgang mit den von Tag zu Tag auftauchenden Problemen aufdrängen lässt.*“ Ich muss diese Kritik auch als Selbstkritik annehmen.

Politik ist heutzutage dem Rhythmus der globalisierten Mediengesellschaft unterworfen und wird in einer unvorstellbar kurzen Taktung vollzogen. Wir alle kennen das: Kaum läuft eine Meldung über die Ticker der Nachrichtenagenturen, muss sie kommentiert werden. Kaum ist eine Umfrage auf dem Markt, muss schon reagiert werden. Die sozialen Medien, Twitter und Facebook, verstärken den Druck, immer sofort reagieren zu müssen. Es wird in Zeitfenstern von maximal der nächsten Wahl gedacht. Selbst Rating-Agenturen geben der Politik den Takt für Entscheidungen vor. Umso mehr hat mich beeindruckt, dass sich – wie andere Bundeskanzler

zuvor – auch Gerhard Schröder entschieden hatte, diesem Diktat des Moments zu entsagen und eine Reform in Deutschland zu initiieren, die unser Land nach vorne gebracht hat, aber deren Ernte die von ihm geführte Bundesregierung nicht mehr selbst einfahren konnte.

Auf dem Weg zur „marktkonformen Demokratie“

In dieser im Entstehen begriffenen „marktkonformen Demokratie“, die sich dem Ereignisdruck der Märkte beugt, anstatt ihr den Primat der Politik entgegenzusetzen, droht die parlamentarische Demokratie unter die Räder zu kommen – denn Parlamente brauchen Zeit, um Vorschläge zu prüfen, um in streitbarer Diskussion Argumente auszutauschen und konsensuale Lösungen zu suchen oder Entscheidungen durchzusetzen.

Was auch unter die Räder kommt, das ist die Langfristigkeit, das Denken in längeren Zeiträumen. „Griechenland bekommt keinen Cent“ – das mag tagespolitisch eine populäre Lösung sein. Aber muss man sich nicht auch die Zeit nehmen, darüber nachzudenken, was der Ausschluss oder Austritt Griechenlands an langfristigen Auswirkungen mit sich brächte? Etwa weitere spekulative Attacken gegen den Euro? Gar einen Dominoeffekt, bei dem ein Euro-Land nach dem anderen fallen würde? Die Bertelsmann-Stiftung spricht von einem unmittelbaren Schaden von drei Billionen Euro für Deutschland. Und welche langfristigen gesellschaftlichen Kosten entstehen erst, wenn das soziale Gewebe eines Landes brüchig wird? Würde das nicht den Nährboden für Extremismus bereiten und unsere Demokratie gefährden?

Zeiten der Krise sind immer Zeiten der Exekutive. Unter dem Ereignisdruck der Märkte sind schnelle Entscheidungen gefragt. Denn Parlamente, die nationalen gleichermaßen wie das Europäische, werden zusehends an den Rand gedrängt.

Einmalig mag das hinzunehmen sein, aber als perpetuierter Ausnahmezustand gefährdet dies die Demokratie. Der Trend der seit drei Jahren anhaltenden Vergipfelung, die Zunahme der Gipfeltreffen des Europäischen Rates, bei denen über immer mehr Detailfragen entschieden werden, höhlt die Demokratie aus. Jürgen Habermas hat das als „Selbstermächtigung des Europäischen Rates“ bezeichnet. Mich erinnert dieses Vorgehen an den „Wiener Kongress“ im 19. Jahrhundert. Damals lautete die Maxime: Nationale Interessen durchdrücken und das ohne demokratische Kontrolle.

Begründet wird dieses Vorgehen mit einer vermeintlichen Steigerung der Handlungsfähigkeit. Ich sage vermeintlich, weil es in der Tat oftmals zu einer Verunmöglichung von Entscheidungen und Handlungen führt. Denn im Europäischen Rat wird gemäß dem Einstimmigkeitsprinzip entschieden – das heißt nichts anderes, als dass das langsamste und unwilligste Mitglied das Tempo vorgibt. Zu welchen Verrenkungen das führt, wenn man unter diesen Bedingungen dennoch handeln will, das konnte man beim Fiskalpakt sehen und auch bei den laufenden Verhandlungen zum mehrjährigen EU-Finanzrahmen erleben wir das aktuell.

Die Herausforderung an die Politik heute ist: Die Handlungsfähigkeit und zugleich die Demokratie bewahren.

Die Krise macht uns bewusst, dass wir bereits heute nicht mehr im nationalen Rahmen, sondern im eng verflochtenen Europa leben. Ein Land kann alle anderen mit in den Abgrund reißen, diese Erkenntnis hat uns seit geraumer Zeit eingeholt. Unsere Volkswirtschaften, unsere Gesellschaften, unsere Leben sind bereits untrennbar miteinander verknüpft. Die Menschen haben das begriffen. Sie interessieren sich bereits mehr dafür, was in ihren Nachbarländern passiert. Wohl selten haben nationale Wahlen so ein großes Interesse hervorgerufen wie jene in Frankreich und Griechenland. Ja, die Menschen interessieren sich dafür, wann woanders in Rente gegangen wird, wie dort der Spitzensteuersatz aussieht, warum junge Menschen auf den Straßen europäischer Hauptstädte demonstrieren gehen. Da ist schon eine europäische Öffentlichkeit im Entstehen begriffen. Allerdings negieren manche Regierungen diesen bereits existierenden europäischen Bezugsrahmen noch. Sie halten lieber an der Fiktion nationalstaatlicher Souveränität fest. An der Inszenierung Brüsseler Gipfeltreffen, auf denen nationale Interessen durchgeboxt werden und die Ergebnisse dann jeweils der heimischen Öffentlichkeit als Sieg verkauft werden. Dabei ist es im ureigsten nationalen Interesse, dass Europa funktioniert. Ulrich Beck formulierte das Paradox des Souveränitätsverzicht, der zu Souveränitätsgewinn führt; die Europäisierung als Positiv-Summen-Spiel, in dem es im Gegensatz zu einem Null-Summen-Spielen nicht länger so ist, dass der eine verlieren muss, damit der andere gewinnt. Die Logik des Positiv-Sum-

menspiels lautet vielmehr: Entweder gewinnen wir alle oder verlieren wir alle.

Doch einige Regierungschefs spielen weiter ihr Nullsummenspiel im neuzeitlichen „Wiener Kongress“, im Ratsgebäude in Brüssel. Warum? Weil sie ihrem Heimatpublikum ihre Ohnmacht nicht eingestehen wollen? Dass Nationalstaaten in vielen Bereichen ihre Handlungsfähigkeit bereits weitgehend eingebüßt haben, das erleben wir jeden Tag. Auf den unkontrollierten und teilweise hemmungslosen Finanzmärkten werden Nationalstaaten zum Spielball der Finanzinteressen. Wäre heute eine rationale, nüchterne Einsicht in die Notwendigkeit nicht anzuerkennen, dass entweder jeder alleine ertrinkt oder wir gemeinsam segeln? Dass es in vielen Bereichen nur mehr supranationale Lösungen gibt? Bei der Regulierung der Finanzmärkte, bei den transkontinentalen Handelsbeziehungen, beim Klimawandel, der internationalen Sicherheit, dem Kampf gegen die Armut in der Welt?

Es besteht kein Bedarf, jetzt in der Krise das Rad neu zu erfinden. Die Gemeinschaftsmethode in den Gemeinschaftsinstitutionen verankert, das ist die Basis, um Handlungsfähigkeit und Demokratie in Europa zu bewahren. Denn die EU, und das wird oft vergessen, ist ja der Versuch, nicht nur supranationale Lösungen für transnationale Probleme zu finden, sondern die Demokratie dabei zu retten. Eben nicht Regierungschefs in intergouvernementalen Foren, hinter verschlossenen Türen, der Öffentlichkeit unzugänglich, Absprachen treffen zu lassen, die die heimischen Parlamente nur mehr durchwinken sollen. Sondern parlamentarisch legitimierte Entscheidungen über Sachverhalte, die uns alle angehen und die Handlungsfähigkeit von Nationalstaaten übersteigen, auf transnationaler Ebene zu treffen.

Für mich bedeutet der Auftrag des Friedensnobelpreises, der Politik der Kurzfristigkeit eine Absage zu erteilen und wieder zu einer Politik der Langfristigkeit zurückkehren. Denn nur eine langfristige Perspektive macht eine nachhaltige Politik möglich. Erlauben Sie mir, hierzu zum Abschluss drei Anmerkungen zu machen.

Konsequenzen der Rückkehr von Langfristigkeit in der Politik

Erstens, wir müssen uns den überall in Europa wieder aufflammenden nationalistischen Vorurteilen entgegenstellen. Die Zentrifugalkräfte der Krise drohen uns auseinander zu treiben. Viele Deutsche sehen sich als Zahlmeister für den Schlendrian Anderer in Haftung genommen. Andere Völker sehen sich als Opfer einer von außen oktroyierten, in Berlin entschiedenen Sparpolitik, sie fühlen sich um ihre Selbstbestimmung gebracht und ihre Demokratie beschädigt.

Die Menschen werden aufeinander gehetzt und gegeneinander ausgespielt. Dabei sind sie alle, wir alle sind Opfer der

Finanzkrise. Die einen zahlen mit ihrem Steuergeld für Garantien, die anderen durch Kürzungen von Leistungen. Nur die Verursacher der Krise, die kommen ungeschoren davon.

In dieser wirtschaftlich und sozial angespannten Lage fällt die Hetze von Populisten und Extremisten auf fruchtbaren Boden: Die Saat von Zwietracht und Groll ist ausgebracht. Die Dämonen der Vergangenheit zeigen heute wieder ihre hässliche Fratze. Dämonen, die immer nur Unglück über die Völker Europas brachten. Mit Sorge beobachte ich, dass Fremdenfeindlichkeit wieder auf dem Vormarsch ist, dass Populisten mit billigen Sprüchen Stimmung gegen andere machen. Mit welcher Leichtfertigkeit wird über „faule Südländer“ gesprochen, an denen man ein „Exempel statuieren“ müsse. Die EU-Flagge wird neben dem Hakenkreuz verbrannt und die deutsche Bundeskanzlerin in Nazi-Uniform abgebildet. Dies habe ich im griechischen Parlament auf das Schärfste verurteilt und das will ich auch an dieser Stelle erneut tun.

Die Nachkriegsgeneration machte sich mit großer Weitsicht daran, einen Sozialstaat aufzubauen, um den gesellschaftlichen Frieden zu sichern und die jungen Demokratien zu stabilisieren. Wir, als ihre Erben, dürfen nicht im voreilenden Gehorsam, dem „Diktat der Märkte“ folgend, die Axt anlegen an diese große europäische Errungenschaft. Langfristige Politik, das heisst, die langfristigen Auswirkungen politischer Entscheidungen mitzubedenken und in der Tagespolitik die langfristige Stabilität unserer Gesellschaften und Demokratien nicht aus den Augen zu verlieren.

Zweitens, wir müssen uns der Spaltung Europas entgegenstellen. Das Europa der unterschiedlichen Geschwindigkeiten kam ja bereits vor einigen Jahren in intellektuelle Mode. Joschka Fischer erklärte, eine „Avantgarde“ müsse die „Rolle der Lokomotive bei der politischen Integration“ übernehmen. Wolfgang Schäuble und Karl Lamers sprachen sich für ein „Kerneuropa“ aus. Heute stehen manche dieser Ideen vor der Umsetzung. Droht doch zusehends die Spaltung in Euro und Nicht-Euro-Länder. Das mag zunächst sogar einleuchtend sein. Warum sollten Länder, die nicht im Euro sind, an Entscheidungen der Euro-Governance beteiligt sein? Aber schalten wir von der kurzfristigen auf die langfristige Perspektive, dann ergibt sich ein anderes Bild: Der Euro ist die Währung der Europäischen Union. Alle EU-Mitgliedsländer – außer zweien, die sich ein Opt-Out erbeten haben – sind verpflichtet, den Euro einzuführen, sobald sie die Kriterien erfüllen. Macht es also Sinn, diese Länder von Schlüsselentscheidungen auszuschließen, die sie in naher Zukunft unmittelbar betreffen werden? Macht es Sinn, die derzeit dynamischste Volkswirtschaft der EU und hoffentlich baldiges Euro-Land, Polen, von diesen Entscheidungen auszuschließen? So ge-

schehen etwa beim Gipfel im Oktober 2011, als die Nicht-Euro-Länder kurzerhand aus dem Sitzungssaal rausgebeten wurden. Die EU muss weiterhin positive Integrationskräfte entfalten und darf keine Abgrenzungsunion werden.

Für Länder, die sich langfristig aus bestimmten Gemeinschaftspolitiken ausgeklammert haben oder dies beabsichtigen, müssen sicherlich Prozeduren gefunden werden. Das gilt nicht nur für die jeweiligen Abgeordneten im Europäischen Parlament, sondern auch für die Kommissare, die Fachminister, die Richter beim Europäischen Gerichtshof.

Drittens, die Europäische Union ist ein Langzeit-Projekt, das immer Langzeit-Dividenden abgeworfen hat – und sie verdient eine Langzeit-Perspektive, über die Tagespolitik, über Umfragewerte, über Wahltermine hinaus. Alle Erfolge der Europäischen Union waren Langzeiterfolge: Die Gemeinschaft für Kohle und Stahl, die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft, die Aufnahme junger Demokratien, der Euro und die Osterweiterung.

Wir erleben gewiss die schwerste Krise seit der Gründung der EU. Aber ein Teil der Krise ist sicherlich auch, dass uns viele dieser Erfolge selbstverständlich geworden sind – auf dem wohlhabendsten Kontinent dieser Erde frei reisen, arbeiten und leben zu können, mit einem Lebensstandard und einem Grundrechtsschutz, der in anderen Teilen der Welt wie ein Traum erscheint.

Wie leichtfertig wird derzeit über die Wiedereinführung von Grenzkontrollen debattiert! Oder die Aufgabe des Euros propagiert, der doch eine stabile Währung ist und zu unserem Wohlstand beigetragen hat!

Die Rückkehr zur Langfristigkeit sollte nicht nur zur Maxime für die Politik werden sondern auch zur Maxime für die Wirtschaft. Auf den kurzfristigen Maximalgewinn ausgerichtete, nur an aktuellen Börsenwerten orientiertes Denken hat ursächlich mit zur Finanzkrise beigetragen. Die Bonuskultur in den Vorstandsetagen, das Jobhopping der Manager, Strohfeuerbooms durch Phantasiefinanzprodukte, Steuerflucht und Beihilfenshopping haben zum Raubbau an der Realwirtschaft geführt. Vernachlässigt wurden langfristige Zukunftsinvestitionen in Ausbildung, Infrastruktur und Innovation – die ja erstmal Kosten verursachen und kurzfristig die Bilanz verhageln. Aber langfristig zu nachhaltigem Wachstum führen.

Mit Tageslosungen werden die entfesselten Finanzmärkte nicht zu bändigen sein. Den Primat der Politik durchzusetzen, das strategische Interesse eines geeinten Europas angesichts weltpolitischer und weltwirtschaftlicher Gewichteverschiebungen nicht aus dem Blick zu verlieren – das erfordert eine Rückkehr zur Langfristigkeit.

„Gute Politik braucht Zeit!“

Rede des Sächsischen Ministerpräsidenten Stanislaw Tillich

als Ehrengast der 469. Schaffermahlzeit am 8. Februar 2013 in der Oberen Rathaushalle, Bremen

... Was passiert, wenn Politik nicht mehr ausreichend Zeit hat?

Alle reden heute über Hochfrequenz-Handel an den Börsen; aber nur wenige reden über „Hochfrequenz-Journalismus“ und „Hochfrequenz-Politik“. Dabei drängt sich doch die Frage auf: Kommen wir von der „Häppchen-Kultur“ zur „Häppchen-Politik“?

Keine Sorge, meine Herren: Das wird weder ein philosophischer Exkurs über die Zeit, noch eine demokratie-theoretische Abhandlung. Aber es liegt in der Natur meines Amtes, dass ich mich mit diesem Thema beschäftige.

Meine Herren! Sie kennen sie auch: die vielen bunten Kästchen, die täglich Ihren wie auch meinen Outlook-Kalender füllen. Sie sind mir immer wieder eine Mahnung: Denn zum einen spüre ich die Termindichte und die Beschleunigung. Gleichzeitig erleben wir die Grenzen unseres modernen Lebens. Denn es bleibt dabei: Unser aller Tag hat nur 24 Stunden.

Oder nehmen wir ein Beispiel aus den Anfängen mobiler Kommunikation: Bei der Berufung von Wim Duisenberg 1998 zum ersten Präsidenten der Europäischen Zentralbank war ich als Europaabgeordneter und Haushälter dabei. Ich erlebte damals, wie Bundeskanzler Helmut Kohl über die ersten brauchbaren — weil nun kleiner gewordenen — Handys schimpfte: Die Ruhe vertraulicher Gespräche war dahin... Jemand hatte „dieses Ding“ benutzt, um Journalisten die Information vorab zu stecken. Das ist erst 15 Jahre her!

Ich denke, dass die Schnelligkeit der Kommunikation heute immer mehr der entscheidende Faktor ist. Und wir haben unser Nutzerverhalten daran angepasst! Neudeutsch wird daraus „Echtzeit“. Aus dem Ereignis in Echtzeit wird die Betroffenheit in Echtzeit — ohne in Echtzeit viel tun zu können. Man kann zwar Politik in Echtzeit verfolgen, aber politisches Handeln „in Echtzeit“ ist dann nicht mehr möglich, sobald mehrere Menschen oder Institutionen beteiligt sind. Und das ist in der Demokratie und im Rechtsstaat gottlob der Fall. Insofern bleibt alles Virtuelle irdischen Grenzen unterworfen.

Die Potenzierung von Information führt eben auch zu einer Potenzierung der Prozesse. Ein Beispiel: In der 1. Legislatur des Sächsischen Landtages hatten wir 5.000 Parlamentsdrucksachen. In der 4. Legislatur waren es schon fast 16.000! Und das hat nicht nur etwas mit der Anzahl der im Parlament vertretenen Fraktionen zu tun! Das ist nicht nur eine quantitative Herausforderung. Es ist auch eine qualitative Beschleunigung des Parlamentsbetriebs. Und nicht nur Abgeordnete bekommen die Informationsflut zu spüren. Herr Weber hat als Präsident der Bremischen Bürgerschaft in seiner Neu-

jahrsansprache davon gesprochen, dass das „beschleunigte Leben“ uns ständig eine Entscheidung darüber abnötigt, was wichtig ist und was nicht. Meine Herren! Damit wir uns nicht falsch verstehen: Es geht mir nicht um eine neue Strophe im fortwährenden Lied des Kulturpessimismus. Das führt zu nichts. Es geht mir darum, dass unsere Agenda jeden Tag aufs Neue zugemüllt wird und wir dauernd mit Entrümpeln beschäftigt sind! Oder anders formuliert: Ist es gut, wenn Abgeordnete nicht mehr lesen, was sie beschließen? Ist es gut, wenn Minister und Regierungschefs Getriebene ihres Kalenders sind und Reden halten, die sie erst kurz zuvor gelesen haben? Ist es gut, wenn Bürger und Wähler nicht mehr nachvollziehen können, was in der Politik passiert? Nein, meine Herren, das ist gar nicht gut, weil die demokratische Legitimation damit in Frage gestellt wird. Altbundespräsident Horst Köhler fühlte sich wohl mehrfach bei der Ausfertigung von Bundesgesetzen unter Zeitdruck gesetzt. Insbesondere die Maßnahmen zur Bekämpfung der Euro-Krise erfordern gelegentlich schnelles Handeln und damit eine entsprechend schnelle Beschlussfassung.

Der Staatsrechtler Professor Ulrich Battis brachte diesen Zeitdruck in einem Interview auf den Punkt: „Die Abgeordneten rennen immer nur hinterher!“ Dabei geht es nicht nur allein um die Einhaltung demokratischer Verfahren. Die Behandlung im Bundestag und die Berichterstattung darüber verschafft die nötige Transparenz und breite Legitimation.¹

Meine Herren! Das Thema „Umgang mit der Zeit“ fristet längst kein Nischendasein mehr. Weder bei den Betroffenen, noch in den Medien. Der CICERO widmete im vergangenen Spätsommer ein Heft diesem Thema, und die ZEIT titelte im Dezember mit dem Thema „Entschleunigung“. Da der heutige Nachmittag ja durchaus eine starke kulinarische Prägung hat, will ich Ihnen die Glosse von Julius Grützke und Thomas Platt aus der Rubrik „Küchenkabinett“ des CICERO vom 13. Dezember 2011 nicht vorenthalten. Sie hat die schöne Überschrift: „Gute Politik braucht Zeit – wie ein Gulasch“. ² Der Gedankengang ist, wie ich finde, einleuchtend: Eine Gesellschaft, die sich von Fertiggerichten aus der Mikrowelle ernährt und allenfalls Kurzgebratenes selbst zubereitet, die verliert das Gefühl für „gemächliche Prozesse“! Die Autoren kommen zu einer sehr brauchbaren – ja vielleicht sogar genialen Schlussfolgerung: „Demokratische Entscheidungen brauchen Zeit wie Schmorgerichte.“ Und sie plädieren dafür, Kindern die „praktische Magie“ des Kochens nicht vorzuenthalten. Das fängt mit dem Eierkuchen an. Ich will es noch weiter zuspitzen: Wer fertigen Pfannenkuchenteig in der

Flasche kauft und in die Pfanne laufen lässt, der darf sich nicht wundern, wenn er keinen Einfluss mehr auf die Auswahl der Zutaten hat und am Ende alles gleich schmeckt! Meine Herren! Dasselbe gilt für die Politik: Vorgerührtes schmeckt immer gleich und deshalb nur halb so gut! Um im Bild zu bleiben: Wer die Zutaten selbst auswählt und zubereitet, der braucht dafür aber auch mehr Zeit! Wenn es um die Zubereitung politischer Gerichte geht – egal ob in Sachsen oder im Bund – bin ich ein leidenschaftlicher Koch, der die Dinge mit Geduld und Hartnäckigkeit angeht! Übrigens, ich bin der Meinung, dass wir nicht genug leidenschaftliche Köche in der Politik haben können! Unsere Bundeskanzlerin zählt gewiss dazu. Ihr Regierungsstil wird in den Medien immer wieder gerne kritisiert: In der Euro-Krise wurstele sie sich durch; sie sitze und weiche damit aus; sie laviere herum und sei nicht zackig und schnell genug in ihren Entscheidungen. Meine Herren: Kann man es nicht auch einfach anders herum sehen? Dass sie versucht, sich die Zeit zu nehmen, die jeder an ihrer Stelle für sich in Anspruch nehmen würde, um Entscheidungen zu treffen, deren Tragweite so enorm ist und für die ihre Kritiker nie die Verantwortung tragen werden? Oder ein anderes Beispiel: Die Richter des Bundesverfassungsgerichtes haben sich für ihre „Eilentscheidung“ zum ESM und zum Fiskalpakt zwei Monate Zeit genommen. Das wurde heftig kritisiert: Was passiert bloß am Montag, wenn die Börsen aufmachen? Nichts ist passiert, und die Märkte haben nicht verrückt gespielt, weil es eine klare Ansage gab!

Meine Herren! Ich möchte nicht, dass mein Plädoyer für mehr Zeit in der Politik missverstanden wird. Es geht nicht ums Aussitzen oder um Politik in Zeitlupe. Im Gegenteil: Dieses Mehr an Zeit soll sicherstellen, dass die Politik bei wichtigen Zukunftsfragen den richtigen Kurs einschlägt und die Entscheidungen demokratisch legitimiert sind. Und es geht auch darum, das im entscheidenden Moment zügige Entscheidungen möglich sind, weil klar ist, was wichtig ist und was nicht.

Ein schönes Beispiel dafür ist der Hauptstadt-Flughafen Berlin: Ich wünsche den Berlinern und Brandenburgern einen langen Atem für ihren Flughafen. Wir haben in Sachsen für den Neubau der Start- und Landebahn Süd am Flughafen Leipzig/Halle übrigens vom Antrag auf Planfeststellung bis zur Inbetriebnahme vier Jahre gebraucht. Heute ist er die Nr. 2 bei der Luftfracht in Deutschland.

Oder ein anderes Beispiel: Als es um eine weitere Großinvestition von über 2 Milliarden Euro beim Chiphersteller Globalfoundries ging, da haben wir als Freistaat binnen weniger Monate in allen umweltrelevanten Fragen eine rechtssichere Grundlage geschaffen! Was folgt nun aus meiner zweiten Geschichte? Ich sage es als Ostdeutscher: Wir mussten 40 Jahre auf die Demokratie warten; für uns ist diese Errungenschaft noch jung, und unsere Erinnerung an die autoritäre Schein-

demokratie ist noch frisch. Oder anders ausgedrückt: Demokratie muss uns die Zeit Wert sein, die notwendig ist, um sie mit Leben zu erfüllen! Und die Moral von der Geschichte: Gute Politik braucht Zeit, sonst ist sie möglich nicht!

Gute Politik braucht also Zeit, damit sie überhaupt möglich wird! Was aber können wir tun? „Entschleunigung“ ist ein schönes Schlagwort, greift mir aber als Antwort zu kurz. Meine Meinung ist, dass wir die Schnelligkeit von Informationen nicht reduzieren können. Und auch die Medien mit ihren berechtigten Wünschen leben mit diesem Pulsschlag. Diese Beschleunigung lässt sich auf Seiten der Politik aber auch nicht endlos mit noch mehr „Manpower“ ausgleichen. Ich meine, dass es ganz entscheidend darauf ankommt, wie wir alle mit den Anforderungen dieser Beschleunigung umgehen. Wir müssen das Tempo bestimmen. Immer wieder neu und auf jeden Anlass bezogen. Das ist unbequem, weil damit jeder einzelne gefordert ist. Aber es geht meines Erachtens nicht anders. Für mich geht Qualität politischen Handelns und seine demokratische Legitimation vor Schnelligkeit! Die Dresdner Morgenpost hat vor einigen Tagen die Frage gestellt: „Brauchen wir mehr Vor- oder mehr Nachdenker?“³ Das ist schön formuliert. Trifft aber nicht den Kern der Sache. Überhaupt Zeit zum Denken zu haben, darum geht es!

Die Politik muss sich diese Zeit nehmen, sie muss ihr aber auch gewährt werden. Ich wünsche mir deshalb, dass die geschätzten Vertreter der Medien gelegentlich mehr Langsamkeit zulassen! Das hilft gegen Politikverdrossenheit, weil die Ergebnisse besser sind – wie ein guter Schmorbraten!

Ich persönlich halte es so: Man muss erstens nicht in jedes Mikrofon sprechen, das einem hingehalten wird! Und zweitens wird mir meine private Entschleunigung von meiner Frau auferlegt. Nennen wir es Tillichs Sonntag! Ich halte es ziemlich konsequent damit, dass der Sonntag frei bleibt, damit ich am Montag noch weiß, wer ich bin und wo ich stehe! Unter der Woche halte ich es so: Schlage stets das Tempo an, das dem Ergebnis Deines Tuns nicht schadet. Und das funktioniert übrigens in beide Richtungen!

- 1 Interview mit dem Staatsrechtler Prof. Dr. Ulrich Battis „Die Abgeordneten rennen sowieso nur hinterher“ online unter: www.tagesschau.de/inland/interviewgriechenland100.html
- 2 Kolumne „Küchenkabinett“ im CICERO vom 13. Dezember 2011 von Julius Grützke und Thomas Platt mit dem Titel „Gute Politik braucht Zeit – wie ein Gulasch“, online unter: www.cicero.de/salon/gute-politik-braucht-zeit-wie-ein-gulasch/47620
- 3 Morgenpost Dresden vom 10.01.2013, S.12

Die vollständige Rede ist online verfügbar unter: www.ministerpraesident.sachsen.de/rede_stanislaw_tillich_zur_schaffermahlzeit_in_bremen_2013.htm oder www.schaffermahlzeit.de/event-reader/items/rede-des-ehrengastes-125

Eine ganz und gar unstaatsmännische Glosse zur Demokratie

Wir in den Industriestaaten leben in einer immer mehr ästhetisierten Umwelt; von der Zahnbürste zum Auto, von der Webseite des Käseherstellers zum Bikini, alles ist einem aufwändigen Design-Prozess unterworfen. Und ob es uns bewusst ist oder nicht, bestimmt der – subjektiv erlebte – ästhetische Aspekt unsere Kaufentscheidungen, und nicht nur diese. Alltagsästhetik betrifft also nach allgemeinem Verständnis primär die statische visuell-räumliche Komponente der Dinge, die uns umgeben und mit denen wir umgehen.

Kevin Melchionne hält dagegen: „...everyday aesthetics is restricted to the aspects of our lives marked by widely shared, daily routines or patterns to which we tend to impart an aesthetic character“¹. Er bezieht also den zeitlichen Aspekt mit ein. Ohne jetzt im Einzelnen den weitverbreiteten patterns nachzuspüren, denen wir einen ästhetischen Charakter zu verleihen suchen, lässt sich feststellen, dass die Abläufe der Politik, wie Politik im Allgemeinen, gegen Ästhetik extrem resistent zu sein scheinen. Ich weiß, wir denken mit Schauern an die großangelegten Initiativen mit ästhetischem Anspruch der totalitären Staaten.

Aber muss denn demokratische Politik unbedingt so unerträglich unschön sein, müssen sich die wenigen Versuche, sie attraktiver zu machen, in tolpatschigen Volksfest-Plagiaten erschöpfen? Wer, wie der Schreiber Dieses, selbst parteipolitisch aktiv war oder ist, weiß, wie viel aufopferungsbereites Sendungsbewusstsein es braucht, um die verschiedenen Rituale durchzustehen (die ja auch keine richtigen Rituale sind, da der formale Aspekt brach liegt).

Eine der Utopien der 1970er Jahre war, Politik in die Alltagsabläufe aller irgendwie einzubeziehen. Da wurden die verschiedenen Lebensbereiche auf ihre politische Valenz abgeklopft und nach neuen, auch zeitlich neuen Formen politischen Tuns gesucht. Inzwischen zelebriert Politik wieder ihre selbstbezogene, unattraktive Zeitlichkeit und schert sich wenig darum, wie ihre Abläufe und Rhythmen das Leben bereichern statt erschweren könnten.

Und dann beklagt man die Politikverdrossenheit der jungen Leute, denen gerade die Wirtschaft eine (sicherlich fragwürdige) Alltagsästhetik übergestülpt hat.

Albert Mayr

¹ Kevin Melchionne, The Definition of Everyday Aesthetics.
www.contempaesthetics.org/pages/article.php?articleD=663

Mehr Zeit! – Online jederzeit!

Beschleunigte Demokratie:

Liquid Democracy – Jederzeit-Mitmachverfahren – Online-Bürgerbeteiligung

Das strukturelle zeitpolitische Dilemma der repräsentativen Demokratie

Bürgerschaftliche Partizipation, öffentliche politische Meinungsbildung und Beratung (Deliberation) dienen der demokratischen Legitimation. In solchen Prozessen werden das grundlegende Vertrauen in die Demokratie und die Akzeptanz repräsentativer Verfahren eingeübt und eingewöhnt. Sie sollen darüber hinaus sicherstellen, dass möglichst viele unterschiedliche gesellschaftliche Interessen, Ideen und Innovationen Eingang finden in die parlamentarische Beratung und Entscheidungsfindung (politischer Input). Diese Prozesse lassen sich zeitlich nicht strikt begrenzen; sie benötigen unvorhersehbar viel Zeit. Außerdem setzen sie oft erst zu unerwarteten Zeitpunkten massiv ein und unterbrechen bereits angelaufene Entscheidungs- und Ausführungsprozesse. Stuttgart 21 ist dafür ein Beispiel.

Bindende politische Entscheidungen müssen hingegen fristgebunden, oft kurzfristig getroffen werden. Sie folgen deshalb in der Regel einem vorher bestimmten institutionalisierten Zeitschema ohne Unterbrechungen und sie laufen auf gesetzesförmige Leistungen und Ergebnisse hinaus mit langfristigen Bindungs- und Folgewirkungen (politischer Output). Das zeitpolitische Dilemma zwischen dem prinzipiell unvorhersehbaren und unbegrenzten Zeitbedarf für politische Legitimation und politischen Input einerseits und den zumeist knappen Zeitressourcen für den politischen Output an effizienten Entscheidungen und Ergebnissen andererseits wird in der repräsentativen Demokratie durch parteipolitische und parlamentarische Institutionen und Verfahren gelöst. Programmparteitage, Wahlperioden, strikte Regelungen für Gesetzeslesungen und Ausschussarbeit im Parlament, selbst Mehrheitsregel und Fraktionszwang haben immer auch **zeitpolitische Funktionen** – im Hinblick auf Entscheidungen innerhalb **absehbarer** Zeiträume.

Das wird so heute nicht mehr problemlos akzeptiert. Das zunehmende Selbstbewusstsein und der verstärkte Beteiligungs- und Gestaltungswillen der Bürger und Bürgerinnen drängen auf Veränderungen. Sie fordern eine fortschreitende Reform unseres repräsentativen politischen Systems mit mehr Möglichkeiten für Bürgerbeteiligung und direkte Demokratie sowie mehr politischem Diskurs und öffentlicher Beratung. Ihre zeitpolitische Folgerung und Forderung lautet: **Mehr Zeit!** Mehr Zeit für **Deliberation und Partizipation** der Bürger und Bürgerinnen vor verbindlichen Entscheidungen. Vor

allem für die Entscheidungen, die langfristig-nachhaltige Folgewirkungen für die betroffene Bevölkerung haben.

Das aktuelle zeitpolitische Dilemma der repräsentativen Demokratie

Repräsentative Demokratie verlangt von den Repräsentierten und Regierten längere Zeiten friedlichen Abwartens und politischer Zurückhaltung. So lange, bis sie selbst wieder in Wahlkampf und Wahlen in das politische Geschehen einbezogen werden. Selbst in der Wahlsituation verbleiben sie in der Er-Wartungshaltung, indem sie die von Parteien vermittelten „Komplettlösungen“ (Wahlprogramme) wiederum für einen längeren Zeitraum im Voraus akzeptieren. Auf die jeweiligen Entscheidungen in konkreten politischen Entscheidungssituationen haben sie damit keinen Einfluss. Luhmann beschreibt in seiner Politischen Soziologie diese Zumutung mit cooler Ironie: „Ein gesellschaftlich ausdifferenziertes politisches System setzt einen zivilisierten Staatsbürger voraus, dem zugemutet werden kann, bei Unzufriedenheit mit politischen Entscheidungen nicht Schaufensterscheiben einzuschlagen, sondern Verwaltungsgerichtsprozesse zu führen (...und) als Wähler aufzutreten – und das heißt **immer: zu warten.**“

Die gewohnte geduldige Er-Wartungshaltung der zivilisierten Staatsbürger und Wähler erodiert zunehmend. Die Gründe dafür sind vielfältig: Grundlegend stehen dahinter die Individualisierung und die generelle Beschleunigung des Lebenstempos und des sozialen Wandels in der modernen Gesellschaft (Rosa). Konkreter wirken sich hier die mittlerweile langjährigen Erfahrungen aus, dass institutionelle Verfahren der Beratung und Entscheidung im repräsentativen parteipolitischen und parlamentarischen System unter dem Druck veränderter äußerer Bedingungen und Beziehungen massiv beschleunigt worden sind. Aktuell geht dieser Beschleunigungsdruck vor allem von den Finanzmärkten und von transnationalen Exekutivorganen aus. Einerseits werden dadurch die Halbwerts- bzw. Verfallszeiten von bindenden politischen Entscheidungen und verbindlichen Gesetzen dramatisch verkürzt. Andererseits werden die alljährlich zu Wahlen von Parteien präsentierten „Komplettlösungen“ mit dicken Paketen voller (möglicher) Entscheidungen für die Zukunft immer unschärfer und unverbindlicher. Die Diskrepanz zwischen langem Warten-müssen und der Tatsache oder auch „nur“ dem Gefühl unmittelbaren Betroffen-Seins durch politische Entscheidungen mit langfristig-nachhaltigen Folgen und Belastungen für die Bevölkerung erleben viele Bürger und Bürgerinnen heute

besonders krass. Seitdem vorgeblich irreversible „alternativlose“ Entscheidungen turbobeschleunigt allein von Regierungen und anderen supranationalen, nicht einmal durch Wahlen legitimierten Exekutivorganen wie EU-Kommission, EZB, IWF und ESM getroffen werden, wohingegen die (nationalen) Parlamente gerade aus den besonders folgenreichen systemrelevanten Entscheidungsprozessen zunehmend ausgeschlossen werden.

Schließlich kommt positiv hinzu, dass die vor allem durch das Internet enorm vermehrten und beschleunigten Informations-, Kommunikations- und Mobilisierungsmöglichkeiten die Chancen von jedermann und jedefrau spürbar erhöht haben, sich in alle sie betreffenden und interessierenden politischen Beratungs- und Entscheidungsprozesse direkt einzumischen. Die zeitpolitische Folgerung und Forderung, die immer mehr Bürger und Bürgerinnen aus all dem ableiten, lautet: Jederzeit! Zu jeder Zeit selbst mitentscheiden können statt warten müssen.

Erstes Fallbeispiel

Piratenpartei – Liquid Democracy und LiquidFeedback

„Liquid Democracy“ ist laut Selbstaussage der *Piratenpartei* eine „Mischform zwischen indirekter und direkter Demokratie“; zwischen beiden Formen der Demokratie gibt es ständig einen „fließenden Übergang“. Die Entscheidung darüber, welche Form jeweils gewählt wird, ist individualisiert und subjektiviert: „**Jeder Teilnehmer** kann **selbst** entscheiden, wie weit er seine eigenen Interessen wahrnehmen will, oder wie weit er **von Anderen vertreten** werden möchte“. Im Zentrum des Konzepts steht ein Wandel der Zeit- und Erwartungsstrukturen vor allem bei der individuellen Stimmabgabe: „Insbesondere kann der Delegat **jederzeit** sein dem Delegierten übertragenes Stimmrecht zurückfordern, und muss hierzu **nicht bis zu einer neuen Wahlperiode warten**.“

Begründung

In der *Piratenpartei* wird *Liquid Democracy* derzeit **für die innerparteiliche Entscheidungsfindung** verwendet. Um nicht zu „vergrünen“, d. h. „um weiterhin basisdemokratisch Entscheidungen treffen zu können, benötigen wir eine Alternativlösung zu den bisher bei Parteien üblichen Vertreterversammlungen“. Darüber hinaus gibt es auch die Idee, das Parteiensystem insgesamt durch *Liquid Democracy* abzulösen. „Somit könnte der eigentliche Anspruch der Demokratie verwirklicht werden: Demokratie bedeutet, zu **jeder Zeit gezielt zu einzelnen Themen verbindlich** Stellung beziehen zu können und **nicht nur alle vier Jahre die Wahl zwischen** Parteien mit **unverbindlichen Parteiprogrammen** zu haben“. Mehr als Idee ist das bisher allerdings nicht.

Aktuell werden in der Bundesrepublik verschiedene Reformvorschläge, aber auch Alternativen zur repräsentativen Demokratie diskutiert und z. T. bereits praktisch erprobt, die die skizzierten zeitpolitischen Dilemmata auflösen wollen/sollen. In der aktuellen Debatte stehen Modelle im Vordergrund, deren Akzent auf der Lösung des zweiten Dilemmas liegt. Im Folgenden werden vier Fallbeispiele kurz vorgestellt, die alle das Internet als Beschleunigungstechnologie für demokratische Beteiligung, Meinungsbildung und Entscheidungsfindung zu nutzen versuchen. Pointiert zusammengefasst kann man sie als vier verschiedene Praxisansätze auf dem Weg zu einer Jederzeit-Mitmach-Demokratie für jedermann bezeichnen, die sich überwiegend noch im Experimentierstadium befinden, aber das Stadium der nur theoretischen Utopie schon hinter sich gelassen haben.

Delegated Voting

Kernelement von Liquid Democracy ist *Delegated Voting*. Laut *Piratenwiki* bedeutet das:

Jeder Teilnehmer kann **zu jedem Zeitpunkt für sich selbst entscheiden**, wo auf dem Kontinuum zwischen repräsentativer und direkter Demokratie er sich aufhalten möchte. Jederzeit. Das bedeutet, dass ich als Teilnehmer beispielsweise sagen kann:

„Für Steuerrecht möchte ich gerne durch die **Partei** SPD, für Umweltpolitik durch die **Partei** die Grünen und für die Schulpolitik durch die **Privatperson** Herrn Müller vertreten werden. Für die Entscheidung über das neue Hochschulzulassungsgesetz an den Universitäten möchte ich aber **selbst** abstimmen.“

(aus: http://wiki.piratenpartei.de/Liquid_Democracy#column-one; Hervorhebungen: KK)

„Dieses **Mix-Prinzip ist entscheidend**.“ Gleichmaßen „essentiell dabei ist auch, dass man diese „Stimmvergabeentscheidung“ **jederzeit** ändern kann und sein Stimmgewicht umverteilen kann“. (alle Zitate in diesem Abschnitt aus: http://wiki.piratenpartei.de/Liquid_Democracy#column-one; Hervorhebungen: KK)

Im Grundsatzprogramm der Piratenpartei für Deutschland

sind *Liquid Democracy* und *Delegated Voting* bisher nicht verankert. Stattdessen heißt es hier unter der Überschrift „**Mehr Teilhabe**“ eher vage: „Ziel der *Piratenpartei* (ist es), die **direkten und indirekten demokratischen Mitbestimmungsmöglichkeiten jedes Einzelnen zu steigern** und die

Partizipation jedes einzelnen Mitbürgers an der Demokratie zu fördern.“ Unter dem Titel **„Mehr Demokratie beim Wählen“** folgen Forderungen, die in der politischen Landschaft der Bundesrepublik mancherorts bereits verwirklicht sind:

Wir Piraten setzen uns **für mehr Freiheit und Unabhängigkeit des einzelnen Abgeordneten** in den Parlamenten ein. **Um Fraktionsdisziplin und Parteidruck zu verringern**, muss der Einfluss der Wähler auf die personale Zusammensetzung der Parlamente gestärkt werden. Zu diesem Zweck ist auch für die Wahlen auf Bundes- und Landesebene die Möglichkeit zu schaffen, **Kandidaten verschiedener Parteien zu wählen (Panaschieren) und auch gezielt einzelne Kandidaten durch Kumulieren zu stärken.**

(aus: Grundsatzprogramm der Piratenpartei Deutschland vom Dezember 2012; Hervorhebungen: KK)

Aus der Praxis: Der Streit um LiquidFeedback in der Piratenpartei

Als Instrument, um innerparteiliche Entscheidungen entsprechend dem Konzept von *Liquid Democracy* umzusetzen, wird in der Piratenpartei vorzugsweise die Software *LiquidFeedback* genutzt. Es handelt sich um eine Open-Source-Software für Internetplattformen zur demokratischen Willensbildung und Entscheidungsfindung. Sie wird von der Non-Profit-Vereinigung *Public Software Group e. V.* in Berlin entwickelt und kostenlos als Open Source-Software zur Verfügung gestellt. Vorreiter bei der Nutzung von *LiquidFeedback* ist der Piraten-Landesverband Berlin; in anderen Landesverbänden werden andere Internet-Tools genutzt, z. B. *Adhocracy* vom Verein *Liquid Democracy e. V.* Technische und organisatorische Probleme bei der Einführung von *LiquidFeedback*, vor allem aber die erstaunlich niedrige Beteiligung von Mitgliedern der Piratenpartei an Online-Abstimmungen mittels *LiquidFeedback* – zumeist waren es weniger als ein Prozent der Mitglieder –, haben 2012 in der Partei zu einem heftigen Streit um die Nutzung der Software und um Basisdemokratie geführt.

Vorwürfe wegen Datenschutzproblemen, Intransparenz und Manipulationsmöglichkeiten aufgrund von *Delegated Voting* sowie Vorwürfe wegen mangelnder Basis-Repräsentativität auf Grund zu geringer Beteiligung markieren eine Spaltung in der Partei. Auf Bundesebene werden mit *LiquidFeedback* bisher lediglich unverbindliche Meinungsbilder eingeholt. Der *Fraktionsvorsitzende der Piraten im Berliner Abgeordnetenhaus Christopher Lauer* kritisiert: „Das ist aber keine Basisdemokratie.“ Er und andere fordern: „Wenn wir unserem hohen Anspruch an Basisdemokratie gerecht werden wollen, müssen wir *Liquid Democracy* bald in der Satzung verankern.“ Gemeint ist die Bundessatzung. Und beabsichtigt ist damit, zwischen den Parteitagen **vermittels *LiquidFeedback* eine für alle Parteimitglieder jederzeit zugängliche ständige Mitgliederversammlung (SMV) im Internet** zu institutionalisieren. In der Satzung des Berliner Landes-

verbandes ist *Liquid Democracy* mit einer „geeigneten Software“ zur „Willensbildung über das Internet“ zwischen den Mitgliederversammlungen bereits verankert (Satzung Piratenpartei Berlin § 11). Andere Piraten und Landesverbände der Piratenpartei sind mit Hinweis auf zu geringe Beteiligung massiv dagegen. Was die Mitbestimmung zwischen Parteitag angehe, sagt deshalb Lauer laut Spiegel-Online, seien selbst Union und Grüne mit traditionellen Delegiertenversammlungen weiter als die Piraten. (alle Lauer-Zitate in diesem Abschnitt aus: F. Reinhold: Mitbestimmung und LiquidFeedback: B-Frage quält die Piraten, in: Spiegel Online Politik vom 11. 06. 2012).

Mit der **Beschleunigung der innerparteilichen Entscheidungsfindung** vermittels internetbasierter **Jederzeit-Mitmach-Verfahren** hapert es bei den Piraten noch; *LiquidFeedback* wird in der Gesamtpartei lediglich als **Diskussionsplattform mit Anregungsfunktion für die Meinungs- und Willensbildung** genutzt.

Zur Kritik an Liquid Democracy bei den Piraten

Die hochgesteckten Ansprüche und Erwartungen an eine internet-beschleunigte **Jederzeit-Mitmach-Demokratie für jedermann** sind in der Praxis bisher eher enttäuscht worden. Das bestätigt fürs Erste die Zweifel von Kritikern, die mehr Bürgerbeteiligung via Internet kaum Chancen einräumen, weil die „passiven Mainstreamer“ (dazu gehören etwa 50 % der deutschen Bevölkerung) sich ohnehin kaum für Politik interessieren. Darüber hinaus nutzt nur ein Fünftel der Bevölkerung das Internet aktiv. Insbesondere Angehörige der bildungsfernen Schichten werden durch Online-Verfahren wie *Liquid Democracy* von Bürgerbeteiligung eher aus- als eingeschlossen. Die *Führungsakademie Baden-Württemberg* kommt in einem Vergleich verschiedener Modelle zur Bürgerbeteiligung zu dem kritischen Urteil: Die „Schwäche (von *Liquid Democracy*) ist (...) vor allem die Annahme vom politischen Bürger als Regelfall. Tatsächlich findet Politik im Internet nur in einer Nische statt und bietet dort allenfalls eine neue Spielwiese für die auch außerhalb des Internets politisch Interessierten und Aktiven“ (S. Mauch: Modelle, Instrumente und Methoden der formalen Bürgerbeteiligung. Stuttgart 2011, S. 11).

Realistischer als die Gefahr einer „zukunftsblinden Stimmdemokratie“ und des „Machtanspruchs der Unwissenden“, wovon Laszlo Trankovits (in: Aus Politik und Zeitgeschichte 38/2012) in seiner Kritik an *Liquid Democracy* glaubt warnen zu müssen, erscheint von daher vielmehr die Tendenz zu einer „Diktatur der Aktiven“ – wie es mit ironischer Übertreibung bei einer Veranstaltung zum Thema Online-Demokratie in der Friedrich-Ebert-Stiftung formuliert wurde (C.-F. Höck: Die gläserne Online-Demokratie, in: Vorwärts vom 17. 11. 2011). Diese Tendenz gibt es indes in allen demokratischen Systemen und Verfahren.

Video

„Was ist eigentlich ‚Liquid Democracy‘?“ (03:53 min)

auf vimeo: <http://vimeo.com/13644846#at=0>

von Jakob Jochmann / Kontextschmiede

<http://kontextschmiede.de/was-ist-eigentlich-liquid-democracy/comment-page-1/#comment-8210>

(Vimeo ist ein Videoportal für nicht-kommerzielle Videofilme)

P.S. Einen Tag nach Fertigstellung dieses Textes, am 12. Mai 2013, haben die Piraten auf ihrem Bundes(tagswahl)parteitag das Jederzeit-Mitwirkungsverfahren einer internetgestützten „ständigen Mitgliederversammlung“ (SMV) erneut abgelehnt. Wenn auch diesmal nur äußerst knapp. Eine SMV, für die am häufigsten die bei den Piraten umstrittene Software LiquidFeedback genutzt werden sollte, könnte eines Tages zu Online-Parteitagungen führen.

Zweites Fallbeispiel Liquid Democracy e.V.

Direkter Parlamentarismus

Der Verein mit dem programmatischen Namen entwickelt innovative Konzepte für die „**partizipative Demokratie**“; darin sollen die „Vorteile des parlamentarischen Systems mit den Möglichkeiten direkter Demokratie“ verbunden werden. Basis dieser Konzepte sowie der vom Verein entwickelten Beteiligungs-Software *Adhocracy* ist die Theorie des „**Direkten Parlamentarismus**“. Wesentliche Bestandteile dieses Konzepts sind **Liquid Democracy** und **Delegated Voting**. Konzepte, an denen sich auch die Piraten orientieren.

Liquid Democracy

Unter Liquid Democracy wird eine Vielzahl unterschiedlicher Konzepte verstanden, die das Prinzip des Delegated Voting beinhalten. Die Theorien gehen meist über die reine Abstimmung hinaus, sie unterscheiden sich jedoch in der Gewichtung der Diskursfunktion und den Abstimmungsmodalitäten. In der Theorie des *Liquid Democracy e.V.* ist **der Diskurs das entscheidende Element**, die reine Abstimmung ist dem Diskurs nachgeordnet. **Entscheidungen** sollen also **nicht nach dem Effizienzgrundsatz** zustande kommen, **sondern durch einen fairen, offenen und gleichen Austausch aller Betroffenen** und die **gemeinsame** Weiterentwicklung von Ideen.

Delegated Voting

Delegated Voting ist die Möglichkeit der flexiblen Delegation der eigenen Stimme an Andere. Dahinter steht die Idee, dass Betroffene in Entscheidungsprozessen entweder selbst teilnehmen oder aber ihre Stimme dynamisch und themenbezogen an eine andere Person delegieren können – weil sie ihr vertrauen, oder ihr speziellen Sachverstand oder einen ähnlichen politischen Standpunkt zuschreiben. Die Stimmen werden **nicht für einen festgelegten Zeitraum delegiert**, sondern können **jederzeit** wieder entzogen, an jemand anderen vergeben oder durch die eigene Stimme überstimmt werden.

(aus: <https://liqd.net/schwerpunkte/theoretische-grundlagen/>; Hervorhebungen: KK)

Prinzipielle Akzeptanz der repräsentativen Demokratie

Grundsätzlich akzeptiert der Verein, in dessen Kuratorium Vertreter fast aller Bundestagsparteien sitzen, das System der repräsentativen Demokratie in Deutschland. *Jennifer Paetsch*, stellvertretende Vorsitzende von *Liquid Democracy e.V.*, in tagesschau.de am 04. 05. 2012: „Uns geht es nicht darum, die repräsentative Demokratie überflüssig zu machen oder zu ersetzen. Uns geht es darum, Schnittstellen in die bestehenden Parlamente zu schaffen und die bisherigen Verfahren zu ergänzen.“

Politikfeldparlamente

Schnittstellen und Bündnisse mit Parlamentariern soll es vor allem in Politikfeldparlamenten geben, die zu jedem gesellschaftlich relevanten Thema gegründet werden können. Die jeweiligen Themen werden in diesen Parlamenten ausführlich diskursiv beraten und abgestimmt. Mitglieder dieser Parlamente können alle Bürger und Bürgerinnen sein, die von dem Politikfeld-Thema betroffen sind und/oder sich besonders dafür interessieren.

Politikfeldparlamente

Für jedes Thema ein Parlament. Der Politikfeldparlamentarismus gründet in erster Linie auf der Idee, dass **zu jedem gesellschaftlichen Thema ein selbstständiges Parlament** gegründet wird, in dem das jeweilige Thema zur Diskussion steht. In diesen parlamentarischen Räumen können Standpunkte und mögliche Auswirkungen geschildert, neue Lösungsansätze eingebracht, Kompromisse gefunden und über Strategien verbindlich abgestimmt werden. Es werden nach diesem Ansatz so viele Parlamente entstehen, wie es gesellschaftsrelevante Themen gibt; und **nicht** wie heute ein **zentrales Parlament** (auf jeder politischen Ebene), das sich mit **allen Themen** befasst. Hierdurch werden (...) Parlamente

zu ihrem eigentlich angedachten **Zweck** zurückfinden: dem **parlamentarischen Diskurs über gesellschaftsrelevante Sachthemen**. Dieser wird zusätzlich gefördert, da in den Parlamenten nicht mehr Vertreter von wahlkampforientierten Parteien sitzen, sondern Bürger mit echtem Interesse an den spezifischen Sachthemen. (...) **Es sollen nicht wie in heutigen Parlamenten auf Zeit gewählte Parlamentarier in die Politikfeldparlamente entsandt werden, die für alle Themen zuständig sind, sondern es soll allen interessierten Menschen freistehen, ohne gewählt werden zu müssen, wahlberechtigter Parlamentarier in allen Parlamenten sein zu können, die Themen behandeln, die den Einzelnen interessieren.**

(aus: http://wiki.liqd.net/Direkter_Parlamentarismus/Politikfeldparlamente; Hervorhebungen: KK)

Diskurs

Nachdrücklicher als die *Piraten* rückt der Verein *Liquid Democracy e.V.* den Diskurs als Voraussetzung für legitime demokratische Entscheidungen ins Zentrum. Der Diskursbegriff orientiert sich an der anspruchsvollen Diskurstheorie von J. Habermas. Der Verein sieht aktuell das zentrale Demokratiedefizit sowohl des repräsentativen Systems als auch direktdemokratischer Systeme darin, dass es ihnen beiden nicht gelingt, vor Abstimmungen und Entscheidungen offene Diskurse für große Gruppen mit vielen Beteiligten zu organisieren.

Diskurs

Im Direkten Parlamentarismus wird der Diskurs als eine der zentralen Voraussetzung legitimer Entscheidung betrachtet. Die Herausforderung, **freie und allen offen stehende Diskurse für große Gruppen mit vielen beteiligten Menschen** zu organisieren, stellt die große Herausforderung des Direkten Parlamentarismus dar und zeigt zugleich **das zentrale Defizit der etablierten direktdemokratischen und repräsentativen Systeme**. Direkt-demokratische Systeme ermöglichen den Bürgerinnen und Bürgern, zu zentralen Sachverhalten selbst abzustimmen, ein Diskurs zu den abzustimmenden Gesetzesentwürfen findet jedoch nur im Vorfeld zwischen den Initiatoren und zuständigen Repräsentanten statt. Die Bürgerinnen und Bürger können lediglich abstimmen, jedoch keine eigenen Ideen beitragen. In repräsentativen Systemen ist dagegen durch die parlamentarischen Strukturen der Fraktionen, Ausschüsse und dem Plenum häufig ein effizientes Diskurssystem installiert, es steht jedoch ausschließlich den Repräsentanten zu.

(aus: http://wiki.liqd.net/Direkter_Parlamentarismus/Einführung; Hervorhebungen: KK)

Fazit: Liquid Democracy und zeitpolitische Strategien...?

Der Direkte Parlamentarismus, so heißt es auf der Homepage des Vereins, „fördert und fordert, dass **viele Menschen in einem zentralen Diskurs** Ideen formulieren und gemeinsam Regeln setzen und verändern können. Zugleich sollen **jederzeit** demokratische Abstimmungen über Vorschläge stattfinden.“ *Liquid Democracy e.V.* versucht so, der **Entschleunigungsforderung „Mehr Zeit für Partizipation und Deliberation vor verbindlichen Entscheidungen!“** als auch der **Beschleunigungsforderung „Jederzeit mitentscheiden können statt warten müssen!“** gleichzeitig gerecht zu werden. Die Aktivisten vertrauen darauf, dass dieses mit Hilfe der modernen Kommunikationstechnologien und internetbasierten Abstimmungsverfahren möglich ist. Durchdachte zeitpolitische Konzepte haben sie bisher – noch? – nicht vorgelegt.

Obwohl die skizzierten Konzepte erst seit wenigen Jahren „auf dem Markt“ sind, gibt es bereits vielerlei unterschiedliche Ansätze, *Liquid Democracy* analytisch und politiktheoretisch einzuordnen sowie kritisch zu bewerten. Darauf gehe ich hier nicht ein. Eine kritische Diskussion der theoretischen Konzepte, der verschiedenen Software-Programme und der bisherigen Praxiserfahrungen unter zeitpolitischen Gesichtspunkten gibt es m. W. bisher ebenfalls – noch? – nicht.

Ein Befund zeichnet sich jedoch jetzt schon ab: *Liquid Democracy* bietet politischen Aktivisten, die die Beschleunigungstechnologien des Internets kompetent und zeitpolitisch effizient zu nutzen verstehen, zwar nicht gerade Chancen für eine „Diktatur“ der Aktiven, wie es oben heißt und wie es ausgerechnet manche *Piraten* zu befürchten scheinen, aber doch erhöhte politische Beteiligungs- und Einflusschancen. Und eine Frage drängt sich auf: Werden Liquid-Democracy-Aktivist:innen, die heute schon bewusster und aktiver mit dem Faktor Zeit im politischen Handeln umgehen als die etablierten politischen Eliten, **in Zukunft auch weiterreichende zeitpolitische Strategien entwickeln?** Bisher haben sie noch keine. Obwohl es eines ihrer erklärten Ziele ist, das **institutionalisierte Zeitregime des Warten-müssens in der repräsentativen Demokratie** an entscheidenden Stellen **grundlegend verändern** zu wollen.

Drittes Fallbeispiel

LiquidFriesland

Liquid Democracy und LiquidFeedback „auf dem platten Land“

Mitbestimmen geht nicht nur bei der Piratenpartei. Der Landkreis Friesland nutzt ab heute als erste Kommune die Software Liquid Feedback, um Bürger zu beteiligen.

Der Landkreis Friesland versucht einen neuen Weg, um Bürger an der lokalen Politik zu beteiligen. Am heutigen Freitagabend startet Liquid Friesland, das klingt nicht nur wie die Abstimmungssoftware der Piratenpartei, sie ist es auch. Die Entwickler von Liquid Feedback haben das Programm an die Bedürfnisse der Kommune angepasst.

„Eigentlich“, sagt Andreas Nitsche, „haben wir anfangs gar nicht an Bürgerbeteiligung gedacht, als wir Liquid Feedback entwarfen.“ Es sei als Instrument für Organisationen und Parteien geplant gewesen. Nitsche ist einer der Entwickler und klingt durchaus zufrieden mit der neuen Kooperation, denn ist sie ganz im ursprünglichen Sinne der Idee „flüssige Demokratie“.

(aus: ZEIT ONLINE vom 09.11.2012: Bürgerbeteiligung – Landkreis Friesland führt Liquid Feedback ein, Autor: Kai Biermann)

Seit einem halben Jahr wird die bei den *Piraten* umstrittene Beteiligungs-Software *LiquidFeedback* (LQFB) im *Landkreis Friesland* genutzt. Der Kreistag in *Jever* hat auf Initiative des Landrats am 11.07.2012 einstimmig einen einjährigen Modellversuch beschlossen, in dem diese Software bundesweit erstmals auf kommunaler Ebene getestet wird. Der Modellversuch läuft seit dem 9.11.2012. Zur Begründung heißt es in der Vorlage für den Einrichtungsbeschluss: **„Bürgerbeteiligung ist kein Luxus – sie ist ein Muss.** Dafür liefert uns das Internet heute eine Technik, die es besser als jemals zuvor erlaubt, möglichst viele Menschen auch zu komplexen politischen Themen direkt zu beteiligen.“

Aus der Beschlussvorlage zur Einführung von LiquidFeedback im Landkreis Friesland:

Die Kreisverwaltung schlägt deshalb vor, für eine **Testphase von einem Jahr** die Software „LiquidFeedback“ für alle Bürgerinnen und Bürger in Friesland als online verfügbares Forum des freien Meinungsaustausches zu nutzen.

Diskutiert werden sollen darin sowohl Vorlagen, die in den politischen Gremien des Landkreises beraten werden, als auch eigene Initiativen aus dem Kreis der Nutzer.

Mit dieser Initiative geht der Landkreis Friesland als **deutschlandweit erste Kommune** einen äußerst **innovativen Weg der Bürgerbeteiligung**. Zwei Elemente stehen insbesondere für diese Innovation:

- Die eingesetzte Software ist moderationsfrei und fördert durch ihre Abstimmungsregeln den **konstruktiven Dialog**. (...)
- Der Landkreis stellt eine **echte Verbindung zu den politischen Gremien** her und vermeidet so den größten

Stolperstein von Online-Beteiligungsverfahren, die meist mangelnde oder gar nicht vorhandene Auswirkung von Ergebnissen auf den politischen Prozess. (...)

(aus: Landkreis Friesland, Vorlage 0097/2012 vom 25.04.2012 betr. Einführung der Software LiquidFeedback zur Online-Bürgerbeteiligung; Hervorhebungen im Original)

Durch die „zusätzliche“ Online-Bürgerbeteiligung sollen freilich die Entscheidungskompetenzen der gewählten Vertreter der Bürgerinnen und Bürger nicht beeinträchtigt werden. Die Kreistagsabgeordneten sollen vielmehr „umfassender und differenzierter als jemals zuvor Meinungsbilder, Einstellungen und Alternativvorschläge aus der Mitte der Bevölkerung“ widergespiegelt bekommen. Es geht bei *LiquidFriesland* nicht um **Basisdemokratie**, sondern um eine **„Bereicherung“ der öffentlichen Meinungsbildung im Landkreis sowie der politischen Willensbildung in Kreistag und Kreisverwaltung**. Dies soll erreicht werden (a) durch ein **für alle** Einwohner des Kreises online jederzeit frei zugängliches Meinungsbildungs-Forum, (b) durch eine effektive **Online-Direktverbindung** zwischen Bevölkerung und den zuständigen politischen Gremien sowie (c) durch die **ausdrückliche Berücksichtigung** von „Meinungsbildern“ und „Anregungen“ der Bürgerinnen und Bürger, die sich beteiligen („Nutzer“), bei künftigen Beschlüssen des Kreisparlaments und der Kreisverwaltung.

Meinungsbilder, Initiativen, Anregungen – Mehr lässt die Kommunalverfassung nicht zu

Der rechtliche Spielraum für Online-Bürgerbeteiligung ist begrenzt. Die niedersächsische Kommunalverfassung (*Niedersächsisches Kommunalverfassungsgesetz NKomVG*) schreibt vor, dass verbindliche politische Entscheidungen nur per Bürgerbegehren und Bürgerentscheid herbeigeführt werden können. Abstimmungen, Anträge und Initiativen der Bürger via *LiquidFeedback* haben deshalb rechtlich lediglich den Status von „Meinungsbildern“ oder „Anregungen“. Die Letztentscheidung darüber verbleibt weiterhin bei den Kreistagsabgeordneten.

Aus der Beschlussvorlage zur Einführung von LiquidFeedback im Landkreis Friesland:

Die Organisation **zusätzlicher** Bürgerbeteiligung mit Online-Instrumenten hat deshalb zu gewährleisten, dass (...) die gesetzlich vorgegebenen Entscheidungsregeln (formale Beschlüsse durch Kreisgremien) nicht ausgehebelt werden. Dieses beachtend schlägt die Kreisverwaltung für **wichtige Themen in eigener Zuständigkeit des Landkreises, die Belange der örtlichen Gemeinschaft betreffen**, vor:

- **Vorlagen** für die Gremien parallel in „LiquidFeedback“ zur Diskussion und Abstimmung zu stellen und so ein Meinungsbild (gegebenenfalls auch über Alternativvorschläge) zu erzeugen,
- dieses **Meinungsbild** der Vorlage entsprechend §35 NkomVG für das letztlich entscheidende Gremium (Kreisausschuss, Kreistag) hinzuzufügen (...) und
- **Initiativen** aus dem Nutzerkreis, die im Internet die erforderlichen Quoren gewonnen haben, als Anregung nach §34 NkomVG und §8 Abs. 4 der Hauptsatzung des Landkreises Friesland zu behandeln.

(aus: Landkreis Friesland, Vorlage 0097/2012 vom 25. 04. 2012 betr. Einführung der Software LiquidFeedback zur Online-Bürgerbeteiligung; Hervorhebungen im Original)

Meinungsbild einholen – Mehr Beteiligung erlaubt die Verfassung so nicht

Bindend ist das Meinungsbild nicht. Die Abgeordneten müssen sich nicht daran halten, wenn sie im Kreistag über einen Antrag abstimmen. Man könne eben nur so viel Beteiligung möglich machen, wie es die Kommunalverfassung erlaube, sagt Klug. Die aber sieht für politisch bindende Bürgerentscheide bestimmte Hürden vor. Wie bei einer Wahl muss beispielsweise jeder die Möglichkeit haben, mitzumachen. Aber nicht jeder hat einen Computer und einen Netzzugang. „Als die Verfassung formuliert wurde, hat niemand ans Internet gedacht“, sagt Klug.

Allerdings hat der Kreistag zugesichert, die Meinungsbilder der Bürger zu beachten und bei Entscheidungen zu berücksichtigen. Für (LQFB-Entwickler) Nitsche war das eine Bedingung für das Projekt. „Sie haben versprochen, dass sie die Ergebnisse sehr ernst nehmen“, sagt er, und dass in Friesland solche Zusagen etwas gelten.

(aus: ZEIT ONLINE vom 09. 11. 2012, Bürgerbeteiligung – Landkreis Friesland führt Liquid Feedback ein, Autor: Kai Biermann)

Bottom-up und top-down – jederzeit mehr Zeit rechtzeitig

LiquidFeedback ist ursprünglich nur für die politische Willensbildung **bottom-up** in Parteien und anderen Organisationen entwickelt worden. Auch im **Landkreis Friesland** kann jeder angemeldete Nutzer – anmelden können sich nur wahlberechtigte Einwohner des Landkreises – via *LQFB* politische Entscheidungen beeinflussen, indem er mitdiskutiert, indem er seine Stimme abgibt oder indem er selbst Anträge schreibt und Unterstützer für seine Position einwirbt. Das ist der eine Weg, das sog. „Bürgerverfahren“: **von unten nach oben**.

Bei *LiquidFriesland* ist aber anders als bei den *Piraten* noch ein zweiter Weg fest installiert: **top-down**. Das sog. „Verwaltungsverfahren“: die Kommunikation der Politik mit den Bürgern **von oben nach unten**. Alle Anträge für den Kreistag in Jever werden über *LiquidFriesland* **jederzeit** veröffentlicht – ehe sie im Kreistag abgestimmt werden. Die Bürger be-

kommen damit **mehr Zeit**, ihre Meinung dazu zu sagen. Politik und Verwaltung im Landkreis erhalten dadurch **rechtzeitig** ein „Meinungsbild“. Auch für die Politiker sei das ein großer Vorteil, sagt der Sprecher der Kreisverwaltung *Sönke Klug*, der für die Einführung von *LQFB* im Landkreis zuständig ist, in Interviews. Auf diesem Wege erführen sie doch **schon vor der endgültigen Entscheidung**, was die Menschen von ihren Plänen hielten und ob sie diese akzeptierten.

Delegated Voting

gibt es auch bei *LiquidFriesland*. Wie bei den *Piraten* können die *LQFB*-Nutzer ihre Stimme delegieren. Sie müssen nicht selbst abstimmen, sondern sie können jemand anderem ihre Stimme übertragen. Dieser kann sie dann bei der Abstimmung einbringen oder sie weiter an einen Dritten übertragen. In Friesland hat man keine Angst vor sog. „Superdelegierten“, die dadurch viele Stimmen auf sich vereinigen können und somit großen politischen Einfluss repräsentieren. Letztlich bilde das ja nur die Realität ab, sagt *Pressesprecher Klug* im Interview mit ZEIT ONLINE. Schließlich könne eine Bürgerinitiative auch 200 Unterschriften sammeln und sie dem Kreistag präsentieren. „Das sind demokratische Prozesse, die schon längst geübt werden.“

Kritik und Praxiserfahrungen: Überforderung. Geringe Beteiligung. „Diktatur der Aktiven“?

Einwände, die gegen *Liquid Democracy* und insbes. gegen *Delegated Voting* vorgebracht werden, treffen auch für *LiquidFriesland* zu. Die Nutzung von *LQFB* im **Landkreis Friesland** läuft nur zögerlich an. Bis Ende April 2013 wurden 37 Themen abgestimmt. Die Zahl der angemeldeten Nutzer von *LiquidFriesland* beträgt nach einem halben Jahr Laufzeit 600 Personen. Das sind weniger als 1 Prozent der wahlberechtigten 80.000 Einwohner des Landkreises. Bei den meisten Abstimmungen beteiligen sich nicht mehr als 40 Personen. Das bedeutet: Die Beteiligung bewegt sich im Promille-Bereich; sie ist weit entfernt von Repräsentativität. Auch hier zeichnet sich eine Tendenz zur „Diktatur der Aktiven“ ab. Der Ausdruck „Diktatur“ mag übertrieben sein. Aber dass nicht nur in der hippen Hauptstadt Berlin, sondern auch „auf dem platten Land“ eine kleine Minderheit von politisch engagierten Internet-Aktivisten durch Online-Beteiligung und *Delegated Voting* überproportional an politischem Einfluss gewinnen kann, ist nicht zu bestreiten. Während andere sich sowohl durch die technologischen Anforderungen der Internet-Plattform (Problem der „digitalen Spaltung“) als erst recht durch Online-Diskurse und durch komplexe neue Abstimmungsverfahren wie *Delegated Voting* schlicht überfordert fühlen. Gleichwohl sprechen die „Macher“ in Jever von einem Erfolg.

„Die digitale Revolution kommt schleichend.“ Vorbild für andere Regionen?

Mehr als 80000 Friesländer sind 16 Jahre alt und älter und damit potenziell berechtigt, sich für „Liquid Friesland“ anzumelden. Bisher hat der Landkreis rund 600 Zugangscodes rausgeschickt. Das bedeutet Beteiligung im Promillebereich. Ist das Projekt also nicht mehr als ein PR-Gag? „Wir sollten aufhören, Erfolge allein über Zahlen zu messen“, findet Klug. Für ihn hat „Liquid Friesland“ schon gewonnen, wenn mit dem Tool „die eine entscheidende, gute Idee“ gefunden wird. „Wir haben einen Nerv getroffen. 600 Menschen interessieren sich für Kreispolitik. Zu den öffentlichen Sitzungen kommen nur ein oder zwei Zuhörer“, sagt er. Diese Zahl empfindet er dann doch als Gradmesser für den Erfolg. 40 Prozent der angemeldeten Nutzer sind älter als 50. Das spricht für die Software-Entwickler. Ihnen ist es gelungen, eine Plattform zu entwickeln, aus der nicht nur junge Computernerds schlau werden.

(aus: Neue Osnabrücker Zeitung vom 02.03.2013, Vorbild für unsere Region? „Liquid Friesland“: Ein Landkreis nutzt neue Wege der Bürgerbeteiligung im Netz – Autorin: Meike Baars)

In Jever hat (Landrat) Sven Ambrosy einfach gemacht. (...) Er ist schon jetzt zufrieden mit dem Projekt: „Es ist eine tolle Beteiligung!“ Im gesamten Landkreis leben rund 100.000 Menschen. Knapp über 600 haben sich registriert. Das sind rund 0,6 Prozent der Bevölkerung. Und bei den meisten Abstimmungen nehmen nicht mehr als etwa 40 Leute teil. Wie kann Ambrosy da von einem Erfolg sprechen?

„Das sind jedes Mal auch 40 Leute mehr als früher, die nun Politik mitmachen“, sagt Ambrosy. Er lehnt sich lächelnd zurück. Für ihn ist das ein Erfolg. Die digitale Revolution kommt schleichend.

(aus: Carl-Huter-Zentral-Archiv vom 27.04.2013, Liquid Friesland: Friesland auf dem platten Land überholen die Piratenpartei (Helioda1), edited by Wolfgang Timm)

Demokratie ist anstrengend, wer mitmachen will, muss sich damit beschäftigen. Das ist auch bei Liquid Friesland nicht anders. Allerdings gibt es mehr Hilfe als bei den Piraten. In Friesland finanziert die Kommune Kurse an der Volkshochschule für diejenigen, die sich das System anschauen wollen. Es werden sich trotzdem nicht alle dafür interessieren. Aber auch darüber hat man sich in Jever Gedanken gemacht. Liquid Friesland sei „ein zusätzlicher Kanal für Beteiligung“, sagt Klug. Es solle nicht „die neue und mithin einzige Möglichkeit sein, mit der Politik zu kommunizieren“. Es sei daher auch nicht so wichtig, ob das Ganze repräsentativ sei, man wolle vor allem eine Möglichkeit schaffen, Menschen einzuladen, die sich auf herkömmlichen Wegen vielleicht nicht beteiligen. „Es geht darum, eine bestehende Chance nicht ungenutzt zu lassen“, sagt Klug.

(aus: ZEIT ONLINE vom 09.11.2012, Bürgerbeteiligung – Landkreis Friesland führt Liquid Feedback ein, Autor: Kai Biermann)

...und andere deutsche Kommunen beobachten den Modellversuch im Landkreis Friesland bereits gespannt. Ist das ein „Vorbild für unsere Region“?

Fazit: Mehr Zeit für Bürgerdiskurs

Die Erfolgskriterien der „Macher“ im Landkreis Friesland sind nicht große Zahlen und Repräsentativität. Sondern die regelmäßigen kleinen Zuwächse an „Mitmachern“ sowie neue Beteiligungsmöglichkeiten vor allem für diejenigen, die sich sonst gar nicht beteiligen. Kreispolitiker der CDU lassen jedoch bereits durchblicken, dass sie der Fortsetzung des *Liquid-Friesland*-Projekts ihre Zustimmung verweigern werden, wenn nicht regelmäßig mindestens 100–200 Bürger an Online-Abstimmungen teilnehmen. Die tatsächlich bisher erreichten Beteiligungs-Zahlen erfordern in der Tat Geduld und starkes Vertrauen darauf, dass die „digitale Revolution“ der Bürgerbeteiligung langsam, aber sicher „schleichend“ schließlich doch noch kommt.

Dabei werden **zeitpolitische Erfolge** der durch *LiquidFeedback* verflüssigten Meinungs- und Willensbildungs-Verfahren bislang noch kaum wahrgenommen und gewürdigt. Sowohl Bürger als auch Politiker müssen heute **nicht mehr so lange warten**, bis sie Rückmeldungen (Feedbacks) zu ihren Initiativen, Anträgen und Vorlagen bekommen. Das erhöht die Chancen für Akzeptanz und Legitimität der darauf folgenden politischen Entscheidungen. Und es gibt **mehr Zeit für die Beratung** der jeweils anstehenden politischen Themen. Mehr Zeit für den Diskurs der Bürger untereinander – dazu gehören auch solche, die selbst nicht online gehen und online abstimmen – und ebenso mehr Zeit für den Diskurs zwischen Bürgern und gewählten Politikern.

Will man das bisher tatsächlich Erreichte in einer Erfolgsmeldung zusammenfassen, dann könnte sie redlicherweise nur lauten: **Nicht** eindeutig **mehr Bürgerbeteiligung**. Jedenfalls **noch nicht**. **Sondern** vielmehr: Mehr Zeit – **mehr Zeit für Bürgerdiskurse**. Und das **jederzeit** – nicht erst wieder in vier Jahren.

Viertes Fallbeispiel

Campact: Online-Mobilisierung für politische Kampagnen

Campact ist ein nationales Kampagnen-Netzwerk, das das Internet nutzt, um Menschen, die i. d. R. bereits politisch engagiert sind, über aktuelle politische Debatten und anstehende politische Entscheidungen zu informieren und sie für politische Aktionen zu mobilisieren. Auch *Campact* steht für Beschleunigung der Bürgerbeteiligung, für „**schnelles Handeln**“ **jederzeit** – **gegen Abwarten** und Sich-vertrösten-lassen **bis zur nächsten Wahl**.

Campact nutzt dafür das Internet und einen festen Stamm von Aktiven, die jeweils per Newsletter und E-Mail informiert und meist sehr **kurzfristig** zu *Campact*-Aktionen aufgefordert werden. Bundesweit bewegt sich die Zahl der so **jederzeit** ansprech- und mobilisierbaren Aktivisten mittlerweile auf 900.000 Personen zu.

Campact im Überblick: Demokratie in Aktion!

Campact organisiert Kampagnen, bei denen sich Menschen via Internet an gesellschaftlichen Debatten beteiligen können. Der Campact-Newsletter verbindet bereits **862791** politisch interessierte und aktive Menschen.

Sie unterzeichnen Appelle, informieren Freund/innen, unterstützen Campact-Kampagnen durch Spenden oder Förderbeiträge und werden im Rahmen von Aktionen vor Ort, Aktionstagen oder bundesweiten Demonstrationen aktiv.

Schnelles Handeln verbindet Campact mit **phantasievollen Aktionen**, die Öffentlichkeit für eine sozial gerechte, ökologisch nachhaltige und friedliche Gesellschaft herstellen. Campact ermutigt Menschen, **Politik auch jenseits von Wahlen selbst** mitzudenken und engagiert **mitzugestalten**. Unsere Aktivitäten ermuntern Politiker/innen, auf Bürgeranliegen zu reagieren. Dies stärkt unsere Demokratie als Ganzes.

(aus: Campact-Homepage - Über Campact; Hervorhebungen: KK)

- Campact ist kein Verband im herkömmlichen Sinne. Wir sprechen nicht für die Mitglieder, sondern die bei Campact **aktiven Bürger/innen sprechen für sich selbst**. Eine Campact-Kampagne wird umso stärker, je mehr Menschen sich direkt mit ihrem Namen daran beteiligen; sei es, dass sie eine Online-Petition unterschreiben, eine Mail versenden oder eigene Initiativen und Projekte zur Stärkung der Kampagne unternehmen. (...)
- Campact arbeitet, anders als klassische NGOs, nicht in einem einzigen Themenfeld wie Umwelt oder Menschenrechte. Wir glauben, dass Campact-Aktive sich ähnlich wie bei einer Partei oder bei einer Tageszeitung für eine **Vielzahl von Themen** interessieren. Sie wollen, dass es in verschiedenen Bereichen zu einer besseren, gemeinwohlorientierten Politik kommt. Sozusagen als **Meta-NGO** arbeiten wir bei fast jeder Kampagne mit NGOs aus dem jeweiligen Themenfeld zusammen. Anders als bei einer Partei gibt es bei Campact kein festes Programm. **Die Aktiven schließen sich bei jedem Thema je nach Interesse**

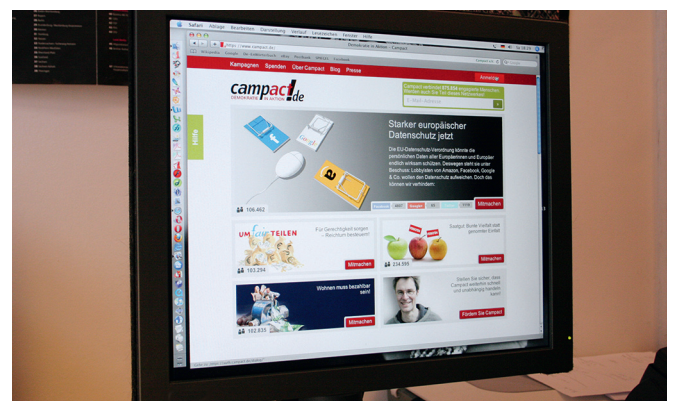
und Präferenz neu zusammen. Anders als bei einer Tageszeitung ist Campact nicht neutral. Mit jeder Kampagne nehmen wir normativ ganz klar Stellung und formulieren Positionen, von denen wir annehmen, dass sie von den meisten Bürgerinnen und Bürgern geteilt werden.

(aus: G. Metzges: Perspektiven von Online-Kampagnen am Beispiel des Online-BürgerNetzwerkes Campact, in: Newsletter Wegweiser Bürgergesellschaft 14/2008 vom 18.07.2008, S. 1f.; Hervorhebungen: KK)

Im Unterschied zu Netzwerken, die nur online mit E-Petitionen und ähnlichem arbeiten – wie *MoveOn* in USA, *GetUp* in Australien oder das globale Netzwerk *Avaaz*, das weltweit auf mehr als 20 Mio. Internet-Engagierte zurückgreifen kann – **verbindet Campact Protestaktivitäten in der virtuellen Welt mit öffentlichkeitswirksamen Aktionen in der realen Welt**: mit phantasievollen Unterschriften-Übergaben an die politischen Adressaten, mit Flashmobs auf Wahlveranstaltungen, mit öffentlichen Diskussionen mit Politikern in ihren Wahlkreisen.

Vorgehensweise und Wirksamkeit

Der Schwerpunkt liegt bei *Campact* auf **kurzfristig** angesetzten politischen **Aktionen, nicht auf längerfristiger Beratung und Diskurs**. Die Kampagnen entzünden sich häufig an Themen, die in Gesellschaft und Politik schon länger umstritten sind; *Campact* greift jedoch zumeist erst dann ein, wenn politische Entscheidungen kurz bevorstehen. Die „Campaigner“ werden informiert, „wenn aktuelle politische Entscheidungen auf der Kippe stehen.“ Repräsentative Demokratie, Parlament und Parteien werden nicht bloß grundsätzlich akzeptiert. Erklärtes Ziel ist es vielmehr, Bürgerinnen und Bürger dazu zu ermutigen, sich anlässlich umstrittener Entscheidungen in die Meinungs- und Willensbildung innerhalb von Parteien direkt einzumischen und insbes. auf ihre eigenen Wahlkreisabgeordneten einzuwirken. Letztendlich sollen Parlamentarismus und Parteien durch derartige Herausforderungen belebt und gestärkt werden.



In den hier verlinkten kurzen *YouTube*-Videos beschreibt *Günter Metzges*, Mitbegründer und Mitglied des geschäftsführenden Vorstands von *Campact* e. V., Ziele und Vorgehensweise von *Campact* (**Video 1**) sowie Wirksamkeit von *Campact*-Kampagnen (**Video 3**). Unverzichtbare Voraussetzung für derartige Kampagnen ist das Internet als schnelles, kostenloses und massenhaft zugängliches Kommunikationsmedium und Mobilisierungswerkzeug (**Video 2**).

Video 1 (2:42 min)

E-Demokratie Folge 8.1:

Wie arbeiten *Campact*-Internetaktivisten?

www.youtube.com/watch?v=oA_etJWSyhE

Video 2 (2:27 min)

E-Demokratie Folge 8.2:

Das Internet als politisches Beschleunigungswerkzeug

www.youtube.com/watch?v=iL4hHAPXlSA

Video 3 (3:38 min)

E-Demokratie Folge 8.3:

Online-Kampagnen: Wann und warum sind sie erfolgreich? – Beispiel: *Campact*-Wahlkreisaktion

www.youtube.com/watch?v=TnGMtzbNBV8

„Vereinzelte Aktionen reichen nicht.“

In einer Veröffentlichung aus dem Jahr 2008 verkündet *Campact*: „Wir können – wenn es darauf ankommt – **innerhalb von zwei Tagen** mit einer Kampagne im Internet starten“ (Metzges 2008, S. 2; Hervorhebung: KK). Inzwischen ist *Campact* offensichtlich noch schneller geworden. In einer Veröffentlichung von 2012 heißt es: „Wenn Gemeinwohlinteressen auf der Kippe stehen und politische Entscheidungen gegen die Menschen getroffen werden, kann *Campact* via Internet **innerhalb weniger Stunden** eine Kampagne starten. (...) *Campact* ist dadurch in der Lage, **extrem kurzfristig** auf politische Entwicklungen zu reagieren und Einfluss zu nehmen, wenn politische Entscheidungen noch offen sind.“ (G. Metzges: Politik im Netz der Jedermann-Demokratie, in: S. Braun/A. Geisler (Hg.): Die verstimmte Demokratie – Moderne Volksherrschaft zwischen Aufbruch und Frustration. Wiesbaden 2012, S. 260; Hervorhebungen: KK).

Diese enorme Beschleunigung ist nur mit Hilfe des Internets samt geeigneter Online-Plattformen bzw. mit den neuen sozialen Medien wie *Facebook* und *Twitter* möglich. Dadurch lässt sich politisches Engagement auch in einen zeitlich stressigen Alltag einbauen.

Gerade weil die Mitwirkung **meistens in nur drei Minuten** möglich ist, nehmen Berufstätige (z. B. während der Mittagspause) an Aktionen teil. (...) Die Erfahrung von *Campact* zeigt, dass durch Online-Kampagnen viele Menschen einen für sie sinnvollen Weg zu politischem Engagement gefunden haben, der sich auch mit familiär und beruflich **eng begrenzten Zeitkapazitäten** gehen lässt.

(Metzges 2008 – wie oben –, S. 3+4; Hervorhebungen: KK)

Gleichwohl gehen die Erwartungen und Erfahrungen über punktuelle Ein-Klick-Beteiligung hinaus. *Campact* versucht, mit seinen Aktionen Bürgerinnen und Bürger **für politisches Engagement auf Dauer** zu motivieren. Die Organisation experimentiert deshalb mit Verfahren, Aktive auch längerfristig in die Vorbereitung und Nacharbeit von Kampagnen einzubeziehen. Und es gibt regelmäßig Rückmeldungen über Erfolge und Misserfolge einer Kampagne an die Aktiven weiter. **„Denn nichts frustriert mehr, als wenn Bürgerengagement in einem schwarzen Loch verschwindet.“** Und nichts ermutigt mehr als das „Erfolgserlebnis“, wenn Engagierte von der Resonanz auf ihren eigenen Beitrag erfahren. Dabei spielt die Verbindung von Online- und Offline-Aktivitäten – Markenzeichen von *Campact* – eine wichtige Rolle.

Meines Erachtens hängt der Erfolg auch von Online-Aktionen in entscheidendem Maße davon ab, ob der oder die Teilnehmer/in das Gefühl hat, dass sein/ihr Beitrag – sei er auch mit noch so wenig Aufwand verbunden – Wirkung entfaltet. Die **Erfahrung von Resonanz** auf den eigenen Beitrag ist ein **Erfolgserlebnis, stärkt das Zutrauen in das eigene Engagement**, wirkt gegen **Politikverdrossenheit** und erhöht die Bereitschaft, sich auch mit einem größeren persönlichen Beitrag in eine Kampagne einzubringen. Es ist für uns deshalb wichtig, die Resonanz von Politiker/innen, Medien und anderen auf Aktionen auf der Kampagnenhomepage sichtbar zu machen und nach Aktionen im Newsletter weiter über den Stand der Dinge in diesem Politikfeld zu informieren. Darüber hinaus erhalten wir immer wieder die Rückmeldung von **Aktiven, wie wichtig Aktionen und Begegnungen außerhalb des Internets im realen Raum** sind. Wir haben deshalb sehr frühzeitig damit begonnen, online-basierte Kampagnen auch in der wirklichen Welt sichtbar zu machen.

(Metzges 2008 – wie oben, S. 5; Hervorhebungen: KK)

Das Verhältnis zwischen **internet-beschleunigten politischen Aktionen und politischem Engagement auf Dauer** ist noch nicht austariert. Bislang stehen die Faszination und die Wirksamkeit des Internets als Beschleunigungstechnologie im Vordergrund. Das ist einer der Ansatzpunkte für Kritik. In der Praxis handelt es sich um eine Baustelle. *Campact* experimentiert weiter und lernt noch. Andere politische Online-Akteure ebenso.

„Das Internet ändert die politischen Spielregeln“

G. Metzges zeigt am Beispiel von *Campact* auf, wie das Internet die „politischen Spielregeln“ der repräsentativen Demokratie äußerst folgenreich verändern wird. Entscheidend ist, dass dadurch bisher gültige Regeln, Erwartungsstrukturen und Verhaltensmuster außer Kraft gesetzt werden, die letztlich auf die **bis vor kurzem noch unüberwindliche „Fesselung“ allen politischen Handelns an Raum und Zeit** zurückgehen. **Dauerhafte Bindungen** der Individuen an bestimmte Parteien, Verbände und Interessengruppen sowie an bestimmte Abgeordnete als Vertreter an ihrer eigenen Stelle waren immer auch darauf zurückzuführen: Die weitaus überwiegende Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger konnte **(a) nicht jederzeit an jenen Orten sein**, an denen politische Informationen zu Entscheidungsgrundlagen jeweils verarbeitet wurden, an denen politische Meinungs- und Willensbildung stattfanden und an denen schließlich entschieden wurde. Und sie **hatten (b) nicht jederzeit die Zeit**, sich selbst die erforderlichen Informationen zu beschaffen sowie an laufenden Meinungs-, Willensbildungs- und Entscheidungsfindungsprozessen teilzunehmen. Ebendas ändert sich nun mit der zunehmenden Nutzung des Internets für politische Zwecke grundlegend.

Das Internet fördert und unterstützt darüber hinaus die massenhafte politische „Selbstermächtigung“ **isolierter Individuen und kleiner Gruppen**, die sich bisher gegenüber politischen Institutionen und Organisationen wie Parteien ohnmächtig und unwirksam fühlten und deshalb auf Eigenaktivität verzichteten.

Ohne die Erfindung des Internets wäre *Campact* heute nicht denkbar. Die Organisation ist letztlich ein Beispiel dafür, wie sich durch die Verfügbarkeit kostenloser, **massenhafter Echtzeitkommunikation** die politischen Spielregeln als solche ändern. (...)

Was ändert sich? Durch das Internet wird **Kommunikation unabhängig von Raum und Zeit** und ist fast ohne Transaktionskosten möglich. Das Internet revolutioniert die Art und Weise, wie sich Menschen informieren, welchen Informationen sie vertrauen, wofür sie sich interessieren, was sie für veränderbar oder unveränderbar halten, und am Ende auch, wie und mit wem sie handeln. Für Demokratien, die regelmäßig von Wahlentscheidungen vieler Menschen abhängen, wird all dies mit einer Veränderung der politischen Spielregeln einhergehen. (...)

Mit *Facebook* und *Twitter* sind Angebote im Internet entstanden, über die sich Informationen viral in Freundeskreisen weiterverbreiten. Durch Weiterempfehlungen von Links zu Artikeln, Fotos und Videos entstehen schnell Mund-zu-Mund- oder besser **Rechner-zu-Rechner-Lawinen**. So entstehen **sehr schnell** auf Initiative Einzelner oder Weniger **wie aus dem Nichts** große und sehr große Gruppen von Menschen, die gemeinsam handlungsfähig sind und zu politischen Akteuren werden.

(aus: Metzges 2012, S. 262; Hervorhebungen: KK)

Mit der Selbstermächtigung der Menschen werden nicht nur Rolle und Zuständigkeiten der **politischen Stellvertreter**, sondern auch die traditionellen **politischen Vermittler** wie etablierte Interessengruppen, Massenmedien und Journalisten problematisiert; in vielerlei Hinsicht werden sie zunehmend überflüssig; von Internet-Aktivist*innen werden sie oftmals heute schon übergangen.

Für die Politik wird es deshalb zunehmend problematisch, sich nur an einigen wenigen etablierten und bekannten Interessengruppen auszurichten.

Entscheidend für die Zukunft scheint zu sein, wer wie schnell mit wie vielen Menschen direkt und überzeugend **kommunizieren kann** und ob das angesprochenen Milieu bei der nächsten Wahl, beim nächsten Parteitag oder im Wahlkreis gegebenenfalls wahlentscheidend werden könnte.

Neben dem Potential zur Selbstermächtigung kleinster Gruppen ergibt sich mit dem Internet mindestens noch ein weiteres Phänomen, das politische Spielregeln ändert: **Transparenz und Massenkommunikation entsteht heute in Echtzeit** – egal wo. (...) Es braucht dazu keine Journalisten mehr. Eine per Handy versendete Twitter-Nachricht, ein hochgeladenes Foto oder Video reicht. Und es ist nicht nur die Information, die sofort transparent wird.

Über das Internet können **sofort Reaktionen vieler Menschen koordiniert zu einer Massenreaktion werden**. (...) Bürger können massenhaft und wirkungsvoll ihre Meinung zu einer diskutierten Politik äußern, **bevor eine Entscheidung getroffen wird**.

(aus: Metzges 2012, S. 263f.; Hervorhebungen: KK)

Online-Aktionen: Gefahren oder Chancen für die Demokratie?

G. Metzges weist auf Gefahren hin, die für Institutionen und Verfahren der repräsentativen Demokratie aus dem durch das Internet geförderten „Trend zur Selbstermächtigung“ der Bürgerinnen und Bürger erwachsen können. Er erwähnt den allbekannten, gern und oft wiederholten Vorwurf der Populismusgefahr; er geht auf die Gefahr der Überforderung der politischen Institutionen durch die Überflutung mit zeitraubenden Online-Anfragen und -Einsprüchen ein und er setzt sich mit dem Rückgang des Bürgerengagements innerhalb der bestehenden demokratischen Parteien und Institutionen auseinander. Mit Rückgriff auf Erfahrungen von *Campact* vermag er, die meisten Vorwürfe zu relativieren und auf neue Chancen für die repräsentative Demokratie zu verweisen, die sich gerade aus Online-Aktionen ergeben, wenn Abgeordnete und Parteien sich darauf ernsthaft einlassen.

Anekdotische Erfahrungen von *Campact* zeigen, dass Menschen sich verstärkt für Politik und die Hintergründe von politischen Entscheidungen zu interessieren beginnen, wenn sie erleben, dass Politiker auf Apelle reagieren und neue Argumente formulieren, dass politisch Verantwortliche sehr nah im eigenen Wahlkreis ansprechbar sind und dass Veränderung möglich ist. Es wächst dann die Bereitschaft, sich auf die Mechanismen und Grundlagen demokratischer Auseinandersetzung einzulassen. **Streitbare werden eher als apathische, politikverdrossene Bürger im Krisenfall bereit sein, demokratische Verfahren und die Demokratie an sich zu verteidigen.** (...)

Campact hat oftmals die Erfahrung gemacht, dass **Teilnehmer von Online-Aktionen** dazu tendieren, **sich über den Klick hinaus zu engagieren**, wenn die Mitwirkung als relevant sowie als inhaltlich und sozial spannend erlebt wird. Ob diese Kriterien in den Mitwirkungsangeboten der Parteien ausreichend erfüllt werden, ist fraglich. Vielleicht bieten gerade die Sozialen Medien Möglichkeiten, diese Mitwirkungsangebote attraktiver zu gestalten.

(aus: Metzges 2012, S. 265 u. 267; Hervorhebungen: KK)

Seine Prognose lautet:

Campact ist nur ein Beispiel für den oben beschriebenen Prozess der Selbstermächtigung von Bürgerinnen und Bürgern durch das Internet. Es ist anzunehmen, dass sich diese und **andere internetgestützte Engagementformen ausweiten** und in der Lage sind, die **Spielregeln der politischen Entscheidungsfindung in Demokratien weiter zu verschieben**. Das kann positive Effekte haben. Es sind sicher aber auch Gefahren damit verbunden, die eine Anpassung des politischen Institutionensystems erfordern. Stichworte für die Richtung notwendiger Veränderung sind Transparenz, Responsivität und politische Souveränität.

(aus: Metzges 2012, S. 265 u. 267; Hervorhebungen: KK)

Fazit: Wechselseitige Anpassung von Parlamentarismus und Online-Bürgerbeteiligung

Übereinstimmend mit den anderen in diesem Text vorgestellten Fallbeispielen kommt man auch bei *Campact* zu dem Schluss: Im Zentrum einer notwendigen Reform der Demokratie müssen **mehr Bürgerdiskurs und mehr Bürgerbeteiligung** stehen. **Jederzeit während der gesamten Dauer einer Legislaturperiode.** Was dank Internet und Online-Beteiligungsformen heute bereits möglich wäre. **Vertrösten**

und warten-müssen bis zur nächsten Wahl wird von zunehmend mehr mündigen, selbstermächtigten Bürgerinnen und Bürgern im „Netz der Jedermann-Demokratie“ **auf längere Sicht nicht mehr akzeptiert** werden und als legitim gelten. Denn: „Mit der fortschreitenden Entwicklung sozialer Kommunikationsformen erscheint ein Demokratieverständnis unangemessen, nach dem sich Politiker nur alle vier Jahre nach dem Wohlergehen und den Präferenzen der Bürger erkundigen“ (ebd., S. 266; Hervorhebungen: KK).

Die wirkliche Gefährdung der Demokratie sieht Metzges nicht anders als wir im Diktat der politischen Sachzwänge und in der Eigenlogik exekutiver Mehr-Ebenen-Systeme, die gegenwärtig in der EU „den Takt und die Richtung des politischen Wandels“ (ebd., S. 267) vorgeben. Wodurch nicht nur Bürgerinnen und Bürger, sondern auch Parlamente und Abgeordnete letztendlich entmündigt und entmachtet werden. **Parlamentarismus und Bürgerbeteiligung** werden bei *Campact* nicht als Gegensätze angesehen, sondern als **wechselseitig aufeinander angewiesen**. Darum heißt die letzte Schlussfolgerung:

Die segensreiche **Wirkung von Bürgerinitiativen und Protesten hängt in entscheidendem Maße von der Grundkonstitution der demokratischen Institutionen ab. Sie ist angewiesen** auf solide und starke demokratische Verfahren, und zwar **insbesondere auf ein starkes, kommunikatives, unabhängiges und einflussreiches Parlament**, das Entscheidungen trifft, die von den Menschen als gemeinwohlförderlich wahrgenommen werden.

(aus: Metzges 2012, S. 268; Hervorhebungen: KK)

Zeitpolitisch folgt daraus: Das **festgeschriebene periodische Zeitregime der parlamentarischen Demokratie und die flüssigen, hochflexiblen Zeitmuster permanenter onlinegestützter Bürgerbeteiligung** müssen auf längere Sicht wechselseitig aneinander angepasst werden. Dazu gibt es bislang noch so gut wie gar keine Vorbilder, Vorstellungen und Vorschläge.

Klaus Körber

k.koerber@t-online.de

Der Autor ist Soziologe, ehem. Institut für Erwachsenen-Bildungsforschung der Universität Bremen.



Zeitpolitik und Finanzmarktkrise

Ein Dialog

Im Folgenden rezensiert Ulrich Mückenberger das Buch von Friedhelm Hengsbach, „Die Zeit gehört uns – Widerstand gegen das Regime der Beschleunigung“, Frankfurt/M.: Westend-Verlag, 2012. Diese Rezension wurde ursprünglich als eine Stellungnahme Ulrich Mückenbergers dem Autor zugeleitet und von ihm wiederum in einem Brief kommentiert. Daraus entstand die Idee, beide Texte – die Rezension und die Antwort darauf – im ZpM zu publizieren. So können sie vielleicht zu einer lebhaften zeitpolitischen Diskussion beitragen. Beide Texte wurden für die Publikation nur geringfügig modifiziert.

Ulrich Mückenberger:

Rezension des Buchs von Friedhelm Hengsbach

Eine Lebens- und Gesellschaftsbilanz bietet uns der 1937 geborene Jesuit Friedhelm Hengsbach – eine Bilanz aus der Perspektive eines „angry old man“? Sein Essay umfasst Reflexionen zur Finanzmarktkrise, zur Arbeitsmarktkrise, zu Prinzipien sozialer Gerechtigkeit, zum aktuellen Zustand der Demokratie und zu Vielem mehr – und eben zur Zeit. Der Essay ist angenehm locker geschrieben, nicht voller Belege, sondern mit allgemeinen Literaturverweisen. Der Tenor lautet etwa (S. 8): Mit Beginn des Dritten Jahrtausends haben die Finanzmärkte einen Beschleunigungsschub angetrieben, der auf die Realwirtschaft durchschlägt und Arbeits- wie Lebensverhältnisse unterwirft und tyrannisiert. Dem kann sich die Gesellschaft letztlich nur durch eine Rebellion für Finanzdemokratie, gegen Wachstumszwang und für politische, ökonomische und zivile Demokratie widersetzen.

Drei Rollen nimmt die **Zeit** in diesem Gedankengang ein. Zeit dient einmal als Indikator der Schäden, die der Finanzmarktkapitalismus verursacht – zeitliche Entgrenzung der Lebensbereiche, zeitliche Verdichtung der Arbeits- und Lebensverhältnisse, damit verbundene Entfremdungs- und Burnout-Probleme. Zeit ist zum Zweiten als gesellschaftliches Konstrukt ein sozial-philosophischer Haltepunkt, der Menschen im Zusammenleben gegenseitige „Abstimmung“ erlaubt und zugleich abverlangt. Und Zeit ist drittens die Arena der alltäglichen zivilen Rebellion der Menschen gegen das Beschleunigungsregime, in der sie auf der Vereinbarkeit betrieblicher und gesellschaftlicher Zeiten mit ihren eigenen Zeiten bestehen. Das Buch stellt unzweifelhaft einen wichtigen Beitrag zu einem brandaktuellen Thema dar. Die Finanzmarktkrise hat in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft keinen Stein auf dem anderen gelassen. Und Beschleunigung in den verschiedensten Bereichen des Alltags (Erwerbsarbeit, Beziehungen, Kommunikation, Mobilität, Freizeit usw.) macht den Menschen mehr denn je zu schaffen. Das macht Hengsbach eindrucksvoll deutlich. So weit – so gut. Mein Eindruck ist, dass der Autor sich sehr für **Politik**, auch angelegentlich für **Zeit** interessiert, aber nicht eigentlich für **Zeitpolitik**. Das kann man niemandem vorwerfen. Ich behaupte allerdings, dass es Hengsbachs Über-

legungen gut täte, wenn er sie mit Methoden und Resultaten der Zeitpolitik abgliche. Der zeitpolitische Zugang zu den Menschen, zur Gesellschaft, Ökonomie und Politik und ihren Veränderungen besteht (hier sehr verkürzt) darin, in den Prozessen und Institutionen zeitgestaltende Herrschaftsausübung, aber auch zeitgestalterische Alternativen ausfindig zu machen, diese am Maßstab des Rechts auf eigene Zeit zu beurteilen und daraus bessere (menschen-, natur- und gesellschaftsgerechtere) politische Gestaltungsoptionen herzuleiten und in den öffentlichen Diskurs zu bringen.

Hengsbach folgt nicht einem zeitpolitischen, sondern einem allgemein kapitalismuskritischen Zugang. Gleichwohl legt er an entscheidenden Stellen des Buches Emphase auf „Zeit“ – bereits im Titel lässt er da viel erwarten: Da steht nicht „Das Land/die Wirtschaft gehört uns“, sondern „Die Zeit gehört uns“; und da steht nicht „Widerstand gegen den Finanzkapitalismus“, sondern „Widerstand gegen das Regime der Beschleunigung“. Ich möchte an wenigen Stellen verdeutlichen, dass diese Emphase ohne zeitpolitische Einbettung und Vertiefung unvollständig bleibt, ja sogar fehlerhaft.

1. Die zeitbezogenen Aussagen und Postulate bleiben in dem Buch mit den finanzkapitalismuskritischen Passagen weiterhin unverbunden. Schon meine drei oben genannten Punkte zur Rolle der Zeit sind Extrapolationen, zu denen sich eine Reflexion im Buch selbst nicht findet. Meines Erachtens stellt ein Großteil des Buches Analysen und Erwägungen dar, die auch ohne die Zeit-Emphase im Titel, ohne das Kapitel über das Rätsel Zeit und ohne die Schluss-Seiten zu alltäglichem Zeitverhalten hätten vorgelegt werden können. Genauso umgekehrt: Die zeitgestalterischen Vorschläge und Erwägungen in den Schluss-Seiten hätten einfach für sich in die Vereinbarkeits-Literatur aufgenommen werden können (und sie finden sich dort auch durchweg bereits) – ohne eine „Herleitung“ aus Finanzmarkt- und Demokratiekrise. Man kann zwar argumentieren, dass Zeit im gegenwärtigen Zustand entwickelter Länder sowohl auf der Objekt (Opfer)- als auch auf der Subjekt (Täter)-Ebene eine noch nie dagewesene Rolle spielt (dies war eine hypothetische Prämisse

bei der Gründung der Deutschen Gesellschaft für Zeitpolitik im Jahre 2002) – aber solch einen zeitpolitisch-philosophischen Diskurs sucht man in dem Buch vergebens.

2. Verwunderlich ist denn auch, den zu verzeichnenden Beschleunigungsschub so stark und so ausschließlich mit den Finanzmarktkräften der ersten Jahre dieses Jahrtausends in Verbindung zu bringen, wie Hengsbach es tut. Die vorliegende Literatur (etwa Rudolf Wendorff 1980, Norbert Elias 1984, Martin Burckhardt 1994, Karlheinz Geißler 1999 u. a.)¹⁾ lässt auf einen viel früheren Beginn und auf eine viel größere und komplexere Ursachenkette des Phänomens der Beschleunigung schließen. Hartmut Rosa²⁾ hat, insoweit diese Literatur lediglich zusammenfassend und systematisierend, historische Beschleunigungsschübe identifiziert und sie mit drei einander wechselseitig verstärkenden Triebkräften in Verbindung gebracht: der technischen Beschleunigung (in Produktion, Transport, Konsum), dem sozialen Wandel (Gegenwartsschrumpfung in Wissen, Beschäftigung, Familie) und dem beschleunigten Lebenstempo (Verkürzung und Verdichtung von Tätigkeitsabläufen, „Zeit-Syndrom“ [Giacomo Marramao 2001³⁾].)

Die Reduktion von Beschleunigung auf im Wesentlichen finanzmarktökonomische Triebkräfte macht die Analyse zwar übersichtlich und „einfach“, und sie lässt ein klares „Feindbild“ zu. Sie erkaufte sich diese Vereinfachung aber durch „Unterkomplexität“ in den von Hengsbach gefundenen Alternativlösungen. Für Hengsbach erscheinen die „eigentlich richtigen“ zeitgestalterischen Wege meist immer schon klar (Beispiele, wo sie das keineswegs sind, s. unten 5). Eine zeitpolitisch fundierte Analyse würde demgegenüber in den untersuchten Gegenständen selbst – etwa in den Verbrauchsgewohnheiten und Beziehungsstrukturen, auf dem Gebiet der Finanztransaktionen, aber auch der politischen Entscheidungsprozesse über sie – zeitgestaltende Herrschaft und Alternativen ausfindig machen und diese nach oben genannten Maßstäben beurteilen. Die damit verbundene Vielfalt der Blickwinkel macht erst zeitpolitisch überzeugende Handlungsstrategien möglich, die aber eben deshalb meist komplex ausfallen.

3. So wäre etwa sinnvoll, die von Hengsbach durchgängig empfohlenen „Abstimmungsprozesse“, die wohl als eine Umschreibung des diskurstheoretisch auszuformulierenden Demokratiegebots zu verstehen sind, zeitpolitisch zu konkretisieren und zu „unterfüttern“ (die DGfZP wird darüber ihre Jahrestagung 2013 veranstalten). Wie steht es z. B. – sowohl unter dem Einfluss der Finanzmarktkrise als auch angesichts der allgemeinen Krise des „Politischen“ – erstens um den Zeitbedarf demokratischer Entscheidungsprozesse, zweitens um die Zeitlichkeit demokratischer Institutionen und drittens die Zeitlichkeit demokratischer „Produkte“? Aus dieser Analyse wird nicht nur ein Appell für die Ausweitung der Demokratie auf die Finanzwelt folgen (wie bei Hengsbach), sondern zugleich ein zeitpolitisch begründbarer Umbau der Institutionalisierung und des Prozedere von Demokratie.

4. An einer Stelle wird die Möglichkeit eines Grundrechts auf eigene Zeit angedeutet (S. 154). Das Thema wird nicht wieder aufgenommen. Bei zeitpolitischer Vertiefung könnte hier der Querbezug zu seit etwa zehn Jahren vorliegenden Publikationen aus den Reihen der DGfZP, auch zur Jahrestagung 2008 „Das Recht auf eigene Zeit“ und zu der Resolution des Europarats von 2010 zu lokaler Zeitpolitik, in der erstmals auf europäischer Ebene ein „Recht auf Zeit“⁴⁾ zitiert wird, stattfinden.

5. Bei einem komplexeren zeitpolitischen Zugang würde sich wohl zeigen, dass (wie schon in 2. angedeutet) die scheinbar so naheliegend wirkenden Lösungsoptionen, die Hengsbach auf den Schluss-Seiten anbietet, einer sehr viel komplexeren Betrachtung und Beurteilung bedürftig sind. Zu zeitpolitischen Untersuchungsgegenständen gehören regelhaft die „Zeitkonflikte“⁵⁾, die auch innerhalb derselben Schicht oder Gruppierung, sogar innerhalb derselben Person auftreten (können). Bei ihrer Berücksichtigung wird es schwer, wenn nicht unmöglich, einfach allgemeine zeitgestalterische Lösungen zu setzen, vielmehr ist geboten, zeitpolitische Aushandlungsprozesse zu ihnen herbeizuführen. Beispiele:

- Hengsbachs neigt zu (wohl linearer und auf das Wochenmaß bezogener) Arbeitszeitverkürzung und zur 30-Stunden-Woche (s. 259 ff.). Müssen da nicht viel stärker – und konfligierend – die Lebenslauf-Perspektive (H. Krüger) und die Perspektive des Ehrenamts (E. Hildebrandt) mit reingedacht werden? Muss nicht eher an die Perspektive der „Freiheit in der Arbeit“ statt „Freiheit von der Arbeit“ gedacht und dementsprechend ein zeitpolitisches System von „Ziehungsrechten“⁶⁾ (A. Supiot) favorisiert werden – also ein zeitpolitisches System von „innerer“ (oder qualitativer) statt von „äußerer“ (oder quantitativer) Arbeitszeitverkürzung (s. auch Grüner Arbeitszeitgesetz-Entwurf von 1984)?
- Die Lebens-Arbeitszeitperspektive ist auch nicht einfach auszuformulieren. Ist die 65-Jahres-Altersgrenze für Alle das Heil? Muss nicht – unter freilich genau gefassten Bedingungen – möglich sein, dass an die Stelle des sequentiellen (strikte Trennung von Jugend-, Erwerbs- und Ruhestandsphasen) ein partiell synchrones Modell der Lebenszeitgestaltung (mit Überlappungen und fließenden Übergängen) tritt? (so das Manifest 2005 der DGfZP „Zeit ist Leben“). Die Bedingungen müssen freilich sicherstellen, dass solche Optionen wirklich offenstehen und dass sie nicht einen Vorwand für sozialpolitischen Raubbau abgeben (letzteres ist der berechtigte Einwand gegen die vor sechs Jahren beschlossene Rente mit 67).
- Auch bei der Sonntagszeit, die Hengsbach hochhält (S. 264 ff.), ist Differenzierung nötig. So schön es ist, dass freie Zeit Festzeit ist – für Viele ist sie das nicht: für Gesundheit, Sicherheit, Gastronomie, Hygiene, Museen ist auch an Sonntagen zu sorgen. Und müssten nicht gerade kulturelle Einrichtungen wie Bibliotheken öffentlich zugänglich sein, wenn Menschen Zeit haben, sie individuell oder in Gruppen, Familien zu besuchen und dort gemeinsame Zeiten zu ver-

bringen? Das verlangt zeitpolitisch eine kniffligere Grenz-
ziehung, als mit dem Rekurs auf eine „Sonntagsallianz“ ge-
leistet wäre...

6. Die genannte Kritik ist aber nicht durchgängig. Bei einer Reihe der vorgeschlagenen Veränderungen ist Hengsbach zeitpolitischen Vorstellungen sehr nahe. Das ist etwa bei den zeitpolitischen Implikationen von „personennahen Diensten“ (S. 242/3) oder der Kritik der Bildungsinstitutionen wie Schule (S. 255/6) der Fall.

Also: Ein spannendes und wichtiges Buch – aber eines, das zeitpolitische Leerstellen aufweist, die zu füllen nicht nur möglich wäre, sondern sich auch lohnen würde.

- 1 Burckhardt, M. (1997): *Metamorphosen von Raum und Zeit*. Frankfurt/M., New York; Elias, N. (1984): *Über die Zeit*. Arbeiten zur Wissenssoziologie II, Frankfurt/M.; Geißler, K. A. (1999): *Vom Tempo der Welt*. Am Ende der Uhrzeit, Freiburg: Herder; Wendorff, R. (1980) *Zeit und Kultur*. Geschichte des Zeitbewusstseins in Europa, Opladen: Westdt. Verlag. Meine Auswahl ist eher zufällig, sie ließe sich leicht erweitern.
- 2 Beschleunigung. Die Veränderung der Zeitstruktur in der Moderne, Frankfurt/M.: suhrkamp. Das Buch findet sich erwähnt, eine Auseinandersetzung damit findet nicht statt;

dasselbe gilt etwa für die Werke von Wendorff, Schommers, Burckhardt und Elias.

- 3 Marramao, G. (2001): *Das Zeitsyndrom – und wie ihm ab-zuhelfen sei*. In: Mückenberger, U.: *Bessere Zeiten für die Stadt! Chancen kommunaler Zeitpolitik*. Schriftenreihe der Hamburger Universität für Wirtschaft und Politik, Band 9. Opladen, p. 97-106.
- 4 Europarat 2010: Empfehlung 295 (2010) „Soziale Zeit, Freizeit: Welche lokale Zeitplanungspolitik ist sinnvoll?“ und Entschließung 313 (2010) „Soziale Zeit, Freizeit: Welche lokale Zeitplanungspolitik ist sinnvoll?“, Kongress der Gemeinden und Regionen, 19. Tagung, Straßburg, 26.-28. Oktober 2010. Dargestellt und abgedruckt bei Mückenberger, U. (2011): *Time Abstraction, Temporal Policy and the Right to One's Own Time*, in: *KronoScope* 11:1, S. 67-98 und Mückenberger, U. (2011), *Times Policies in Europe*. Scientific opinion for the Council of Europe, in: *Time & Society*, vol. 20/2 July 2011 pp. 243 - 276. London: Sage.
- 5 Groß, H. & H. Seifert (eds.) (2010), *Zeitkonflikte*. Renaissance der Arbeitszeitpolitik, Berlin: sigma.
- 6 „Ziehungsrechte“ stellt ein System von Berechtigung für Menschen in Arbeitsverhältnissen dar, Teile ihrer an sich bestehenden Erwerbsarbeitszeit – bei einem differenzierten System von Lohnersatzleistungen – für andere gesellschaftlich erforderliche Tätigkeitsfelder (care, Bildung, Ehrenamt, Nachbarschaft etc.) zu verwenden.

Friedhelm Hengsbach:

Erwiderung und Diskussion

Wenn ein Buch, das aus persönlichen Erfahrungen, reflektierten Beobachtungen und strukturellen Analysen komponiert worden ist, neben wohlwollender Zustimmung einen kompetenten, einfühlsamen und kritischen Kommentator findet, wird dies als eine Art Glücksfall empfunden und als ein außergewöhnlicher Grund, zufrieden zu sein. Deshalb bin ich für die Stellungnahme, die Ulrich Mückenberger nach einer gründlichen Lektüre meinem Buch gewidmet hat, sehr dankbar. Euphorische Resonanz mag zwar aufrichten, abwägende Urteile wirken indessen anregend und konstruktiv.

(1) Die Reflexion des 3. Kapitels über das „Rätsel“ der Zeit ist für mich kein Nebenmotiv, über das ich neben vielem anderen auch noch geschrieben hätte. Dies geht aus der zentralen Stellung dieses Kapitels hervor. Der quantitative Eindruck, den die asymmetrische Seitenzahl der jeweiligen Kapitel vermittelt, mag den Eindruck auslösen, als seien die sozialphilosophischen Erwägungen eine Nebensache im Verhältnis zur Kritik des Finanzkapitalismus im 2. Kapitel oder zu den politischen Reformvorschlägen im 5. Kapitel, die einer Entschleunigung des politischen und alltäglichen Lebens dienen. Eine frühere Mitarbeiterin des Nell-Breuning-Instituts hat diese Unwucht in einer liebenswert-ironischen Weise so ausgedrückt: Ich hätte jene Botschaften, die ich seit Jahren verbreite, lediglich durch den „Zeitwolf geschreddert“. Dies ist jedoch weder der Absicht noch der Durchführung nach der Fall, meine ich.

(2) Ich habe nämlich registriert, dass zahlreiche oft voluminöse Abhandlungen über Beschleunigung, Lebenstempo und Zeitknappheit sich an einer präzisen Definition dessen vorbeimogeln, worüber sie schreiben. Häufig behandeln die Buchautoren die Zeit wie einen Gegenstand, über den die Individuen verfügen bzw. dessen Verfügung sie als individuelles Recht beanspruchen, oder wie einen Container, innerhalb dessen sie sich bewegen. Demgegenüber habe ich neben der Annahme eines subjektiven Zeitempfindens und der Präzision der Beschleunigung als positiver Veränderung der Geschwindigkeit und der Geschwindigkeit als Bewegung von Körpern pro Zeiteinheit in erster Linie die Zeit als Verhältnis gesellschaftlicher Beziehungen bestimmt, als das gelingende bzw. nicht gelingende Aufeinander-Abstimmen abweichender Ereignis- oder Handlungsfolgen. Auf diese Deutung der Zeit als sprachlich-gesellschaftliches Konstrukt bin ich durch die Lektüre von Ludwig Wittgenstein und Norbert Elias aufmerksam geworden.

(3) Der Eindruck, dass meine finanzwirtschafts- und politik-kritischen Überlegungen auch ohne das Zeitmotiv hätten geschrieben werden können, kann entstehen, wenn die gesellschaftsphilosophische Reflexion, die sozio-ökonomische Analyse und die drei aufgespürten Rollen der Zeit isoliert gelesen werden. Die relativ theoretische Reflexion über das Aufeinander-Abstimmen abweichender Ereignis- oder Hand-

lungsfolgen bildet meiner Ansicht nach die Kerndimension des Buches; wie und warum diese Abstimmung nicht gelingt, wird durch die Zeitanalyse des 2. Kapitels erklärt; und wie es gelingen könnte, ist Gegenstand der persönlichen und politischen Optionen im 5. Kapitel.

(4) Die verständlicherweise hinterfragte allzu gegenwartsnahe Datierung eines beispiellosen Schubs an Beschleunigung, nämlich mit dem Beginn des neuen Jahrhunderts, behaupte ich nicht unvermittelt. Zunächst lassen sich in der Geschichte der Menschheit zahlreiche Epochen beschleunigten Lebens identifizieren, denen solche einer Entschleunigung gefolgt sind. Außergewöhnlich intensive Phasen werden mit der Entwicklung des Fernhandels, mit dem Beginn der Industrialisierung und mit dem Auftreten und der Verbreitung der digitalen Technik in Verbindung gebracht. Die so genannte dritte technische Revolution hat wohl ein unvergleichliches Profil, weil nicht nur menschliche Handfertigkeiten oder menschliche Energie, sondern ein Teil des menschlichen Denkens in Automaten ausgelagert werden. Insofern kann der Megaschub an Beschleunigung nach der Technologieblase durch die Kombination von politisch entregelten Finanzmärkten und dem Aufladen der Finanzgeschäfte durch die neuen Informations- und Kommunikationstechnik zu Beginn des 21. Jahrhunderts erklärt werden. Diesen sehe ich jedoch vorbereitet durch die explosive Expansion international operierender Finanzinstitute nach der Aufkündigung des Bretton-Woods-Systems, dem drastischen Verfall des US-Dollars, der enormen Rohölpreiserhöhung und der weltweiten Umschichtung und Diffusion gigantischer Einkommensströme. Während dieser Zeit begannen die Ablösung der Finanzmärkte von der Realwirtschaft und ihre Hegemonie über jene.

(5) Den Einwand, dass die Analyse des Buches reduktionistisch wirkt, nehme ich sehr ernst. Die Fokussierung auf die monetäre Sphäre der Wirtschaft und der Verzicht auf interdisziplinäre, wechselseitige Erklärungsversuche der Wirtschaft sind zweifellos erklärungsbedürftig. Ich hätte diese eingeführte Methodik vielleicht eingehender erläutern sollen, etwa mit der beobachtbaren Tendenz eines breiten Einsickern kommerzieller Denk- und Deutungsmuster in die gesellschaftlichen Teilsphären der politischen Entscheidung, der Verwaltung, Wissenschaft, Bildung, Gesundheit, Pflege und Religion. Oder damit, dass mehr als 30 Jahre lang eine marktradikale wirtschaftsliberale Dogmatik, die mit dem von Hayek und Friedman angeleiteten angebotsorientierten und monetaristischen Paradigma auf die Selbstheilungskräfte des Marktes vertrauen und den schlanken Staat als den besten aller möglichen Staaten propagieren ließ, zur großen öffentlichen Erzählung nicht nur in den USA und Großbritannien, sondern auch auf dem europäischen Kontinent emporstieg. Die von mir gewählte Methodik mag insbesondere eine spontane Reaktion auf die Lektüre einiger Bücher über die Beschleunigungsgesellschaft sein, vor allem auf die voluminöse und redundante Beschreibung einer – durch Technik, Gesellschaft und Wirtschaft – zirkulär verursachten und sich positiv verstärkenden

Beschleunigung, die Hartmut Rosa eloquent, mit hohem Pathos und in erregter Apokalyptik verbreitet hat. Im Gegensatz dazu fand ich zahlreiche individuell, regional und epochal auftretende Entwarnungen, dass Menschen sich jederzeit und überall mit temporären Beschleunigungsphasen abgefunden hätten, arg verklärend, indem sie das wachsende psychosomatische und ökologische Leiden zahlreicher Menschen einschließlich vieler Kinder ausblendet. Vieles in meinem Buch mag unterkomplex erscheinen. Aber ich kann mich nur schwer mit ausgetüftelten Differenzierungen sowie jenem hypertrophen Blickwinkel anfreunden, der von dem Syndrom der Pluralität kontaminiert ist. Deren Folge besteht darin, dass man die ermittelten fragmentierten und partikulären Ergebnisse nicht mehr zu einer Synthese zusammenfügt und sich berechtigt sieht, jedes Urteil in der Schwebe zu halten. Zugegeben: Ein holzschnittartiges Gemälde ist alles andere als eine gelungene Synthese. Dennoch meine ich, dass ich vor meinen Urteilen hinreichend oft Alternativen abwägend erwähne, bevor ich sie als nachrangig gewichte oder verwerfe.

(6) Mein diagnostisches Kernanliegen bestand darin, herauszuarbeiten, dass der gegenwärtig zu beobachtende Beschleunigungsschub nicht zuerst durch die biografie-, milieu- oder schichtenspezifische Ausdifferenzierung von Handlungsspielräumen erzeugt wird, sondern durch die asymmetrischen Machtverhältnisse einer hegemonialen finanzkapitalistischen Wirtschaft, die der modernen egalitären Arbeitsgesellschaft als feudales Erbe weiterhin erhalten geblieben sind. Ich stimme indessen mit den Vertretern eines zeitpolitischen Ansatzes wohl darin überein, dass Zeitfragen Streitfragen, dass Zeitkonflikte Machtkonflikte sind, und dass die gesellschaftliche „Zeit“ von den herrschenden Machteliten gestaltet wird. In der Folge meiner „steilen“ Hypothese kann dann der Eindruck entstehen, dass mir die eigentlich richtigen Wege der „Zeit“gestaltung immer schon klar seien. Das sind sie jedoch nicht, insbesondere nicht die im politischen Alltag notwendige Güterabwägung einer gesellschaftlichen „Zeit“gestaltung, deren eine Dimension die kollektive Beteiligung an den Vorentscheidungen über den gesellschaftlichen Rahmen der individuellen Zeitverwendung ist, deren andere Dimension die individuelle Beteiligung an den konkreten Verhandlungen, in denen divergierende Interessen berücksichtigt werden.

(7) Mein normatives Kernanliegen war indessen die Suche nach einer gesellschaftlichen Orientierung für das Aufeinander-Abstimmen divergierender individueller und gesellschaftlicher Handlungsfolgen. Dabei stehen für mich drei Bezugsgrößen im Vordergrund – zum einen die natürliche Umwelt, nämlich die Bewegungen der Himmelskörper, die den Tag/Nachtrhythmus sowie den Rhythmus der Jahreszeiten vorgeben, zum andern die inneren, psychosomatischen Rhythmen der Individuen („der Schlag der eigenen Trommel“), die über den Kontakt des Körpers mit der natürlichen Umwelt vermittelt sind, und schließlich die gesellschaftlichen Steuerungsformen, etwa der Markt, die wirtschaftliche bzw. politische Macht und die wechselseitige Verständigung. Ich finde, dass

ich mich mit der Ausdifferenzierung jener Bezugsgrößen des Aufeinanderabstimmens gesellschaftlicher Handlungsfolgen dem zeitpolitischen Ansatz nähere, der für politisch-demokratische Verfahren die Geltung differenzierter „Zeit“-strukturen einklagt. Mit der Dualität von Marktsteuerung und politischer Verständigung weise ich das von wirtschaftlichen Eliten geforderte schnelle Durchregieren der staatlichen Exekutive zurück.

(8) Dass meine gesellschaftsethischen Reflexionen, die vorwiegend die Hörigkeit des Staates gegenüber den Finanzmärkten kritisieren, die diesen in einen hektischen „Blaulicht-Alarmismus“ treibt, und die deshalb fordern, dass der Staat die öffentliche Hoheit der Regulation gegenüber der privaten Kapitalmacht zurückgewinnt, einer zeitpolitischen Einbettung, Ergänzung und Vertiefung bedürfen, sehe ich ein. Da ist außer der einmaligen Erwähnung eines Rechts auf Zeit eine ziemliche Leerstelle geblieben. In diesem Defizit sehe ich den Auftrag zu einer ernst zu nehmenden Hausaufgabe. Indem ich in der Folgezeit den differenzierten und komplexen zeitpolitischen Ansatz erkunde, wird sich, wie ich vermute, meine gesellschaftsethische Hypothese komplementär anreichern lassen. Allerdings habe ich bei meinem bisher oberflächlichen Einblick in die zeitpolitische Literatur nach den Adressaten eines Rechts auf eigene Zeit gesucht. Dabei frage ich, ob und wie dieses als subjektives Grundrecht oder eher als objektives Staatsziel zu definieren sei. Ein solches Recht des einzelnen gegenüber dem Staat, das wohl der gesellschaftlichen Vermittlung bedarf, verfassungsmäßig zu verankern, stößt vermutlich auf jene juristischen Widerstände, die allen bisherigen Versuchen entgegen wirken, den weißen Fleck des Grundgesetzes in Bezug auf wirtschaftliche und sozio-kulturelle Anspruchs-

rechte zu schließen. Ich erkenne solchen Widerstand, wenn es um das Recht auf Arbeit geht, weil die Adressaten eines solchen Grundrechts nicht bloß die staatlichen Organe sind, sondern alle kollektiven Akteure, die über die Macht verfügen, auf die Handlungen anderer auch gegen deren Willen einzuwirken und so „Zeit“not zu erzeugen. Ich möchte mich demnächst auch darüber vergewissern, in welchem Ausmaß jener zeitpolitische Ansatz im Unterschied zur Makroperspektive, die den kollektiven Ordnungsrahmen zu regeln und gegen Entgrenzungen – beispielsweise von Erwerbsarbeit und Privatsphäre – zu festigen sucht, in erster Linie mikroprudentiell gewichtet und an individuellen Interessen, Biografien und Lebensabschnitten orientiert ist. Dies scheint mir in der Gegenüberstellung von kollektiver Arbeitszeitverkürzung und der Pluralität individueller Interessen und Zeitkonflikte mit kniffligen Grenzziehungen der Zeitverwendung anzuklingen. Am Ende interessiert mich, wie in den zeitpolitischen Diskursen auf den sozialphilosophisch problematischen Umgang mit dem abstrakten Hauptwort „Zeit“ reagiert wird. Die Physiker geben sich damit zufrieden, das, was sie „Zeit“ nennen, zu messen. Vertreter der Biochemie oder der organischen Biologie, die den Alleinvertretungsanspruch der Physik in Bezug auf die „Zeit“ bestreiten, verteidigen eine Pluralität der Naturgesetze und Systemzeiten. Immerhin verankern seit Augustinus Naturwissenschaftler und Philosophen ihre Reflexionen im subjektiven Zeitempfinden. Ob gesellschaftsethische Einsichten und sprachkritische Überzeugungen die Vertreter des zeitpolitischen Ansatzes dazu anregen können, in ihren Diskursen sprachlich auf zeitliche Ausdrücke ganz zu verzichten?

Friedhelm Hengsbach ist Professor emer. für Christliche Sozialwissenschaft bzw. Wirtschafts- und Gesellschaftsethik.
hengsbach@jesuiten.org

www.zeitpolitik.de – Die Webseite der DGfZP

Schauen Sie doch mal herein!

Sie finden dort unter anderem:
 die Termine der nächsten Veranstaltungen,
 Zeitpolitische Impulse,
 Informationen über die bisherigen Jahrestagungen,
 alle Ausgaben des Zeitpolitischen Magazins,
 Texte zur Zeitpolitik zum Download...

DEMOKRATIE braucht **ZEIT**

Programm der Jahrestagung 2013
der Deutschen Gesellschaft für **Zeit**politik
am 25. und 26. Oktober 2013 in Berlin

Freitag, 25. Oktober 2013

13.30 Uhr

Begrüßungskaffee

14.00 Uhr

Eröffnung der Tagung und Einleitung

Birgit Geissler

14.30–16.00 Uhr

Demokratie braucht Zeit

Ulrich Mückenberger

Kommentare: *Fritz Reheis, Jürgen Rinderspacher*

16.30–18.00 Uhr

Fishbowl:

Drei zeitpolitische Gestaltungsbereiche von Demokratie

Auftakt: *Peter Beier*:

Wie gehen Politiker/innen mit Zeit um?

18.00–18.45 Uhr

Stuttgart 21 – ein Beteiligungsdilemma?

Hartmut Bäumer

19.30 Uhr

Gemeinsames Abendessen
und informelles Zusammensein

Samstag, 26. Oktober 2013

9.00–10.45 Uhr

Der Große Ratschlag

Klaus Körber

Beteiligungsprozess Endlagersuche

Claus Leggewie, Patrizia Nanz

10.45–11.15 Uhr

Kaffeepause

11.15–12.45 Uhr

Campact als nationales Medium

Günter Metzges

Europäische Bürgerinitiative
zu Grundsicherung

oder:

Europäische Bürgerinitiative
zum Wasserschutz

N. N.

12.45–13.30 Uhr

Mittagessen

13.30–15.00 Uhr

Podium:

Wie soll es mit den Vorschlägen
zu „Demokratie braucht Zeit“
weitergehen – und mit wem?

DGfZP im Gespräch mit
*Ralf Fücks (Heinrich Böll-Stiftung),
Helga Trüpel (Mitglied
des Europaparlaments),
Reiner Hoffmann (IG BCE),
Claudine Nierth (Mehr Demokratie)*

Zusammenfassung und Ausblick

Ulrich Mückenberger

15.30–18.00 Uhr

Mitgliederversammlung der DGfZP

Anmeldung:

bei der Geschäftsstelle der DGfZP
Prof. Dr. Dietrich Henckel
Technische Universität Berlin
FG Stadt- und Regionalökonomie, Sekr. B 4
Hardenbergstraße 40a
10623 Berlin
Tel.: 030 / 314 280 89
Fax: 030 / 314 281 50
d.henckel@zeitpolitik.de

**Anmeldeformular, Tagungsadresse,
Wegbeschreibung, Unterkunft:**

www.zeitpolitik.de

Anmeldefrist:

Die Anmeldung mit Überweisung des Kostenbeitrags muss spätestens am 17. Oktober 2013 bei der Geschäftsstelle eingegangen sein.

Kosten:

Für die Tagung (einschließlich der Mahlzeiten) wird ein Kostenbeitrag von
40,- € (Mitglieder) oder
50,- € (Nicht-Mitglieder),
30,- € (ermäßigt) erhoben.

Stand: Juli 2013

Aus der DGfZP

Zur Familienzeitpolitik

im „Dialog über Deutschlands Zukunft“ der Bundesregierung

Menschen mehr Zeit für Beziehungen und für private Sorgearbeit zu ermöglichen, ist von Beginn an ein zentrales Arbeitsgebiet der DGfZP. Vereinbarkeit von Beruf und Familie, von Erwerbsarbeit und privater Zeit für die Sorge für Kinder, für Kranke und Alte und auch für sich selbst war Thema von DGfZP-Jahrestagungen und von Kooperationstagungen, zuletzt mit dem „Deutschen Verein für öffentliche und private Fürsorge“. 2004 entstand zu dieser Thematik das Zeitpolitische Manifest „Zeit ist Leben“ der DGfZP. Mit Expertisen für die siebten und achten Familienberichte der Bundesregierung haben DGfZP-Mitglieder ihre familienpolitischen Positionen an Politiker herangetragen. Im Hinblick auf die Gestaltung von Alltagszeit wurden konkrete Impulse zu lokaler Zeitpolitik u. a. durch die Mitarbeit an der Implementierung „Lokaler Bündnisse für Familien“ gegeben. Im Hinblick auf Lebenszeit wurde an Überlegungen zu flexibel der lebensphasenspezifischen Gewichtsverteilung von Erwerbszeit und privater Zeit angepassten Regelungen gearbeitet.

Lebenszeitbezogene Überlegungen sind nun auch in den „Dialog über Deutschlands Zukunft“ der Bundeskanzlerin (www.dialog-ueber-deutschland.de/ergebnisbericht-kurz) eingebracht worden von Karin Jurczyk als Expertin mit dem Vorschlag, mit Hilfe sogenannter „Carezeitbudgets“ den Lebensverlauf zeitlich zu entzerren. Der Vorschlag ist nicht ganz neu: Er wurde vorgedacht im Gesetzentwurf für ein neues Arbeitszeitgesetz, das im Jahr 1984 von der Partei der GRÜNEN im Bundestag eingebracht – und „natürlich“ abgelehnt – wurde. Dieser u. a. von Ulrich Mückenberger und Karin Jurczyk konzipierte Gesetzentwurf enthält Überlegungen zu „Verfügungszeiten“, wie sie ebenfalls in den 1980er Jahren von Offe und Hinrichs formuliert wurden. Und schließlich knüpft er an den Vorschlag zu den viel diskutierten „Optionszeiten“ an, der sich im Siebten Familienbericht der Bundesregierung von 2006 findet, und in den auch Expertisen von etlichen Mitgliedern der Deutschen Gesellschaft für Zeitpolitik eingeflossen ist.

Ausführlicher:

www.zeitpolitik.de/impulse

www.dialog-ueber-deutschland.de/ergebnisbericht-kurz

Zeit für häusliche Pflege

Das Familienpflegegesetz ist verbesserungsbedürftig!

Forderungen nach „Mehr Zeit für Pflege“ betreffen auch pflegende Angehörige, die nach wie vor den weitaus größten Teil der Pflegearbeit leisten. Ein erheblicher Teil davon ist berufstätig und muss beide Arbeiten miteinander vereinbaren. Hierauf hat die DGfZP seit ihrer zweiten Jahrestagung 2003 besondere Aufmerksamkeit gerichtet. Inzwischen liegen hierzu zwei empirische Untersuchungen von Mitgliedern der DGfZP vor.

In einschlägigen regierungsamtlichen Publikationen wird immer wieder die Bedeutung von Freiwilligenarbeit hervorgehoben, ohne die eine Bewältigung der Folgen des demografischen Wandels nicht möglich sei, so etwa im Achten Familienbericht der Bundesregierung von 2012. Das Anfang 2012 in Kraft getretene Familienpflegezeitgesetz soll strukturelle Barrieren abbauen helfen und zur Übernahme von Pfe-

geverantwortung ermutigen. Die DGfZP hatte schon 2010 in einer Presseerklärung zum damaligen Gesetzentwurf auf Unzulänglichkeiten im Grundsatz wie im Detail hingewiesen. Eineinhalb Jahre nach Inkrafttreten des Familienpflegezeitgesetzes liegen nun praktische Erfahrungen vor. Um diese aufzuarbeiten, fand Anfang 2013 eine gemeinsame Tagung der Evangelischen Akademie zu Berlin und des Instituts für Ethik und angrenzende Sozialwissenschaften der Universität Münster statt, vertreten durch DGfZP-Vorstandsmitglied Jürgen Rinderspacher. Die Stellungnahme zum Gesetzentwurf sowie ein Bericht über den Tagungsverlauf, in dem theoretische Prämissen des Sorgens reflektiert werden und Vorschläge für die weitere Verbesserung der Rahmenbedingungen für die Vereinbarkeit von Pflege und Beruf gemacht werden, können abgerufen werden:

zum Download: www.zeitpolitik.de/impulse

„Hilfe! Mehr Zeit für Pflege!

Gemeinsame Kampagne der Freien Wohlfahrtsverbände in Nordrhein-Westfalen im Mai 2013

Schwerpunkt der Kampagne „Hilfe! Mehr Zeit für Pflege!“ sind vor allem die Zeiträume professioneller Pflegekräfte in der häuslichen Alten- und Krankenpflege, die auf Grund der herrschenden Rahmenbedingungen gezwungen sind, ihre Arbeit im Minutentakt zu verrichten. Darunter leiden nicht nur die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter – ihre Gesundheit, ihre Arbeitsfähigkeit und ihre Motivation –, sondern ebenso die Qualität ihrer Arbeit, also die pflegebedürftigen Menschen. Pflege ist aber in erster Linie ein Beziehungsgeschehen zwischen den

beteiligten Menschen und kann nur gelingen, wenn sie mit der notwendigen Zeit ausgestattet ist. Zeitmaße, die der Industriearbeit entlehnt sind, auf diese Arbeit zu übertragen, muss zu Inhumanität führen, die einer hoch entwickelten Gesellschaft nicht angemessen ist. Mehr Zeit für die Pflege bedeutet höhere Kosten für mehr Pflegepersonal. Denn ohne „mehr Geld im System“ ist ungeachtet möglicher Maßnahmen zur effektiveren Gestaltung ein Ausbau des Pflegewesens, das sowohl Pflegenden als auch Pflegebedürftigen die Zeit gibt, die sie benötigen, nicht vorstellbar.

Die DGfZP unterstützt diese Kampagne in vollem Umfang. Mehr dazu: www.freiewohlfahrtspflege-nrw.de

Forum – Mitglieder melden sich zu Wort

„Wege ins Paradies“ – 35.000 Stunden sind genug

Die gesellschaftspolitische Debatte um betriebliche Arbeitszeiten bedarf einer Auffrischung. Die „großen“ zeitpolitischen Debatten der Gewerkschaften mit Slogans wie „35 Stunden sind genug“, „Der 6-Stunden-Tag“ oder „Samstags gehört Papi mir“ verwiesen auf die lebensweltbezogenen Auswirkungen der Erwerbsarbeit. Die hohe Arbeitslosigkeit, die zunehmenden prekären Beschäftigungsverhältnisse und die Intensivierung der Arbeit sind Grund genug, die Arbeitszeitdebatte neu zu beleben, um zeit-gerechte Lösungen zu finden. Wie wäre es mit einem Lebensarbeitszeitkonto von 35.000 Stunden, das die bessere Vereinbarkeit von Beruf mit Kindern und/oder Pflege von Angehörigen ermöglicht und auf Verteilungsgerechtigkeit setzt?

Was als „Work-Life-Balance“ diskutiert wird, hat seine Vorläufer im „ora et labora“ und den Versuchen, Arbeiten und Leben in einen vernünftigen Ausgleich zu bringen. Hier klaffen Wunsch und Wirklichkeit weit auseinander. Ein Blick in Arbeitszeitauswertungen zeigt die unterschiedlichen Arbeitszeitarangements, die stark von Geschlecht und beruflicher Hierarchie beeinflusst werden: der Anteil der Frauen mit Arbeitszeiten zwischen 15 und 31 Stunden pro Woche beträgt 32 %, dazu kommt ein großer Anstieg im Bereich der „kurzen“ oder „marginalen“ Teilzeitarbeit, 13,9 % der abhängig beschäftigten Frauen haben eine wöchentliche Arbeitszeit von weniger als 15 Stunden – Tendenz steigend. Besonders auffallend sind die langen Wochenarbeitszeiten vieler Vollzeitbeschäftigter im Niedriglohnbereich. Rund 75 % arbeiten mindestens 42

Wochenstunden, zum Teil sogar 50 und mehr Stunden pro Woche, zudem steigt die Lohnungleichheit mit der beruflichen Position. Betrachtet man die Zeitbudgeterhebungen, arbeiten Frauen und Männer mit familiären Verpflichtungen allerdings annähernd gleich viel, Frauen vor allem unbezahlt im Bereich Haushalt/Kinder und demnächst vermehrt in der Pflege von Angehörigen.¹

Laut einer aktuellen Umfrage des Statistischen Bundesamtes sind 4,6 Millionen Erwerbstätige unzufrieden mit ihrer Arbeitszeit, 3,7 Millionen wollen mehr arbeiten und 0,9 Millionen weniger. Fragt man erwerbstätige Frauen und Männer nach ihrer Wunscharbeitszeit, so beträgt die rund 36 Stunden, also mehr Erwerbsarbeit für die Teilzeitbeschäftigten und Arbeitszeitverkürzung für Vollzeitbeschäftigte. Die durchschnittliche Arbeitszeit pro Erwerbstätigem betrug in den letzten Jahren rund 27 Stunden in der Woche², Gründe genug, die Arbeitszeitdebatte neu zu beleben. Ansatzpunkt könnte die demografische Veränderung sein, weil in unserer älter werdenden Gesellschaft die Vereinbarkeit von Familie/ Pflege und Beruf immer notwendiger wird.

Der „Weg ins Paradies“ könnte, angelehnt an die Ideen des französischen Sozialphilosophen André Gorz und des schwedischen Ökonomen Gunnar Adler-Karlsson wie folgt aussehen:

Der Kern des Modells ist ein Lebensarbeitszeitkonto von ungefähr 35.000 Stunden, mit dem die notwendige Flexibilität gewährleistet wäre, damit sich Phasen intensiver Arbeit mit freiwilligen Unterbrechungen und stark reduzierten Arbeitszeiten abwechseln. Solch ein insolvenzgeschütztes Lebensarbeitszeitkonto könnte unkompliziert, flexibel und ohne

langwierige Suche nach einem rechtlich geeigneten Anspruch auf Arbeitszeitreduzierung den persönlichen Interessen der Beschäftigten entsprechen. Einhergehend mit diesem Lebensarbeitszeitkonto von 35.000 Stunden entstünde ein Anspruch auf lebenslangen Lohn. Dieses Modell, der „Weg ins Paradies“ ist eine politische Forderung, die an die (Tarif-) Politik der Gewerkschaften anschlussfähiger ist als das bedingungslose Grundeinkommen, weil gesellschaftlich notwendige Arbeit von allen Bürgerinnen und Bürgern verlangt wird, soweit sie dazu in der Lage sind.

Die Arbeitszeit könnte massiv gekürzt werden, auf zum Beispiel 30 Stunden pro Woche.² Damit wäre die Erwerbsarbeit nur eine Tätigkeit unter anderen und würde zugleich die existenzielle Unterwerfung des Arbeitnehmers gegenüber dem Arbeitgeber mindern. Und weil die Menschen in gleichen Gesellschaften glücklicher sind als in ungleichen, müssten die Arbeitsbedingungen über die Branchen hinweg angeglichen, die Produktivitätsgewinne gerechter verteilt – und vor allem die schlecht bezahlten Jobs müssten deutlich besser entlohnt werden. Auf diesem „Weg ins Paradies“³ würde auch die „Re-Traditionalisierungs-Falle“ abgeschwächt werden, denn es gäbe nicht mehr die Aufteilung, dass die Mütter wegen der Kindererziehung und des meist geringeren Einkommens zu Hause bleiben und die Männer arbeiten gehen.

Es geht also, wie Oskar Negt schreibt, nicht um „...den illusionären Idealismus von der Aufhebung von Arbeit, sondern

um den Kampf um die Vervielfältigung und Erweiterung gesellschaftlich anerkannter Formen der Arbeit...“. Mit dem Lebensarbeitszeitkonto entstünde freie Zeit für beispielsweise freiwillige Kooperationen, kollektive Einrichtungen, für Muße, Betreuung und Pflege, Bildung, Reisen, informelle Genossenschaften und auch für eine neue Art des Zusammenlebens. Ein Lebensarbeitszeitkonto könnte zur Wiederaaneignung der Zeit und zur Erhöhung des Zeitwohlstandes einen bescheidenen Beitrag leisten.

Walter Lochmann

walter.lochmann@kairosagentur.de

Walter Lochmann arbeitete von 1982 bis 2005 als Berater und Geschäftsführer in den Bereichen Bildung und Beratung, zuletzt als Fachbereichsleiter im ver.di Landesbezirk Hessen und danach als Betriebsleiter der Volkshochschule Wetterau. Seit 2007 selbständig in der kairos agentur (www.kairosagentur.de)

1 Zitiert nach www.boeckler.de/wsi_38966.htm, abgerufen am 06.12.2012

2 Die durchschnittliche Arbeitszeit pro Erwerbstätigem betrug von 2008 bis 30.06.2012 rund 27 Stunden in der Woche, Berechnungen des Autors, siehe <http://doku.iab.de/grauepap/2012/tab-az1202.pdf>, abgerufen am 06.12.2012

3 in „Arbeit als Lebensbedürfnis“, zitiert nach www.denk-doch-mal.de/node/469; abger. am 06.12.2012

Der Beitrag basiert auf dem Artikel „35000 Stunden sind genug“ in der Berliner tageszeitung, 14.4.2012 und wurde angeregt durch die zeitpolitischen Diskussionen in der DGfZP.

Who Is Who? Mitglieder der DGfZP stellen sich vor

Das Zeitpolitische Magazin möchte dazu beitragen, die persönliche Vernetzung und die inhaltliche Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedern der DGfZP zu stärken. An dieser Stelle bieten wir daher die Gelegenheit für Personen und Institutionen, die Mitglied in der DGfZP sind, sich in Form von Kurzportraits den Leserinnen und Lesern vorzustellen.



Sibylle Picot

Mit Aspekten von „Zeit und Gesellschaft“ habe ich mich vor allem im Rahmen meiner Tätigkeit als Sozialforscherin beschäftigt. Aber viele Jahre waren es auch meine Kinder mit ihren ganz unterschiedlichen Tempi, die mich dazu brachten, über Geschwindigkeit und Wahrnehmung von Zeit nachzudenken. Am Familientisch gab es alle Varianten: von Herunterschlingen des Essens in unglaublicher Geschwindigkeit bis zu sehr bedächtigem Kauen mit

erheblichem „Zeitverbrauch“. Als Problem wurde eher Letzteres empfunden. Der Langsame „stiehlt“ dem Schnellen die Zeit. Sten Nadolnys Buch „Die Entdeckung der Langsamkeit“ kam damals heraus: ein Aha-Effekt!

Eine Verknüpfung des Interesses an Zeitwahrnehmung mit meiner sozialwissenschaftlichen Tätigkeit ergab sich zunächst bei einer Begleitstudie zur Nutzung von Geschwindigkeitsschaltern in Pkw, mit denen das Tempo im Stadtverkehr auf 30 km/h gedrosselt wurde. Schwer zu ertragen für die Testfahrer war das Gefühl des „Zeitverlusts“. Zeitverlust oder -gewinn, Zeitersparnis, sogar Zeitdruck, so dämmerte mir, waren allesamt unlogische Begriffskonzepte.

Um „Zeitmangel“ und „Zeitdruck“ ging es später auch in meinem Hauptforschungsfeld: dem freiwilligen Engagement von Jugendlichen. „Keine Zeit“ für Engagement bzw. für ein Ehrenamt war z. B. im Freiwilligensurvey die meistgenutzte Antwortvorgabe auf die Frage, warum man sich nicht engagiert, was mir als Ausrede erschien. Betrachtete man aber die Entwicklung gerade jugendlichen Engagements über ein ganzes Jahrzehnt hinweg, so schienen Jugendliche tatsächlich immer weniger Zeit für Engagement zu haben. Obwohl ihre Bereitschaft zum Engagement zugenommen hatte, engagierten sich de facto weniger Jugendliche als früher, und diese verwendeten weniger Stunden auf ihr Engagement. Unter anderem der Trend zum Ganztagsunterricht reduziert die „freie

Zeit“. Gestiegene Bildungsaspirationen, hohe Anforderungen im Qualifizierungssystem, Verkürzung der Gymnasialzeit und stärker regulierte Studienzeit sind Faktoren, die für Druck sorgen, vor allem wenn sie zusammen mit Zukunftsängsten auftreten. Im qualitativen Teil der Shell Jugendstudie von 2010 fanden wir heraus, dass dieser Druck im Wesentlichen als Zeitdruck erlebt wird. Heutige Jugendliche entwickeln im Übrigen anders als die Jugendgeneration der 60er Jahre weniger langfristige Zukunftsvisionen als kurzfristige Strategien, denken die Zukunft eher in Projekten.

Um über solche und ähnliche Entwicklungen nachzudenken, bildet die DGfZP ein höchst anregendes und erfreuliches Umfeld.

Sibylle Picot

sibyllepicot@t-online.de

www.sibyllepicot.de



Yolanda M. Koller-Tejeiro

Ich bin 1947 geboren und habe erst mit 26 Jahren über den „2. Bildungsweg“ die Hochschulzulassung erlangt. Von 1973 bis 1979 studierte ich an der Ludwigs-Maximilians-Universität in München Soziologie, Sozialpsychologie und Politikwissenschaft. Soziologisch betrachtet vereinte ich alle Krite-

rien der zu der Zeit im Bildungssystem am meisten Benachteiligten: katholisches Arbeitermädchen vom Land; überdies Kind Heimatvertriebener aus Ungarn.

Nach meinem Diplom 1979 wurde ich voller Panik vor Arbeitslosigkeit hektisch initiativ, und es ist mir gelungen, ohne Unterbrechung zu arbeiten: Zunächst war ich wissenschaftliche Mitarbeiterin in einem kriminologischen Forschungsprojekt, dann beigeordnete Expertin der Vereinten Nationen in

Ecuador und Costa Rica und schließlich wissenschaftliche Assistentin bei Prof. Bolte am Institut für Soziologie der Universität München (1981-1991). In diesen zehn Jahren habe ich geheiratet, einen Sohn bekommen, promoviert (1985), wurde alleinerziehend. Es ist mir leider nicht gelungen, zu habilitieren, so dass ich nach Ende meines befristeten Vertrags 1991 eine Stelle als wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Abteilung Sozialplanung des Sozialreferats der Landeshauptstadt München angenommen habe. Diese – anstrengende, aber lehrreiche – Praxiserfahrung in der Bürokratie öffentlicher Verwaltung war ein wichtiges Kriterium für meine Berufung 1995 als Professorin für Soziologie an die Hochschule für Angewandte Wissenschaften Hamburg. Seit September 2012 bin ich in Ruhestand, eine wunderbare Erfahrung von Zeitwohlstand und Muße. Nach 18 Jahren Hamburg werde ich im Juni wieder nach München zurückziehen.

Yolanda Koller-Tejeiro

koller-t@gmx.de

**Das Zeitpolitische Magazin hat jetzt eine ISSN-Nummer
bei der Deutschen Nationalbibliothek (siehe Impressum).**

Veranstaltungen, Projekte, Informationen



1. Symposium der Arbeitszeitgesellschaft

23. August 2013, 9.00-17.30 Uhr

München, LMU, Kleiner Physiologie-Hörsaal (F1.08),

Medizinische Fakultät, Pettenkoferstraße 14

<http://arbeitszeitgesellschaft.wildapricot.org>

Aus der Webseite: Die Auftakt-Veranstaltung der Arbeitszeitgesellschaft richtet sich an ArbeitszeitforscherInnen und Interessierte, die durch interdisziplinäre Forschungsansätze neue Wege der Arbeitsorganisation beschreiten wollen. Das 1-tägige Symposium besteht aus 2 Foren (...), in denen neueste wissenschaftliche Erkenntnisse vorgetragen und diskutiert werden. (...) als Treffpunkt gedacht, der Praktiker und Theoretiker aus Deutschland, Österreich und der Schweiz zusammenbringt.

Forum 1: Chancen und Risiken „selbstgewählter“ und individueller (Schicht-)Arbeitszeiten – Welche Evidenzen haben wir, welche bräuchten wir? Forschungsstand und Perspektiven

Forum 2: Lebensphasen-orientierte Arbeitszeitgestaltung – neue Wege für die (Schicht-)Arbeitszeitoptimierung?

30 Stunden Arbeit sind genug? Mehr Zeit für Familien!

Evangelisch-lutherische Kirche in Norddeutschland, Fachstelle Familien.

16. September 2013, 16.00 Uhr im Landeshaus in Kiel

www.deae.de/Veranstaltungen

Aus der Webseite: Fürsorgebeziehungen verlässlich zu leben, wird immer komplexer. Entgrenzungs- und Flexibilisierungsanforderungen lassen Gemeinschaft nicht mehr selbstverständlich entstehen. Familien brauchen mehr Zeit, auch unverplante Zeit. Wie ist auskömmliches, geschlechtergerechtes Leben in Familien, Politik, Arbeitswelt und Gesellschaft gestaltbar?

Referentin: Dr. Karin Jurczyk, Leiterin der Abteilung Familie und Familienpolitik im Deutschen Jugend Institut (DJI).

Anschließend Podiumsdiskussion mit Teilnehmer/innen aus Gewerkschaft, Industrie- und Handelskammer, Familienverbänden und Kirche. Das Plenum ist zur Diskussion eingeladen.



Zeit und Geld für eine fürsorgliche Praxis! Gender und Sorgearbeit im Lebensverlauf

WSI Gleichstellungstagung

26. und 27. September 2013, Berlin

www.boeckler.de/4990_42348.htm

Aus der Webseite: Keine Gesellschaft kann ohne fürsorgende Tätigkeiten auskommen. Kranke müssen versorgt, Kinder betreut, Gebrechliche gepflegt werden. Unter diesem Blickwinkel nimmt die diesjährige Gleichstellungstagung des WSI zu den aktuellen Debatten um Wohlstand und Lebensqualität Stellung. Wir fragen: Welche Rolle spielen fürsorgende Tätigkeiten (Care) in Szenarien künftiger gesellschaftlicher Entwicklung? Angesichts von niedrig bezahlten Pflegeberufen, aber auch Altersarmut von Frauen und ungenügender Absicherung von Familien- und Pflegephasen wird diskutiert: Was ist unserer Gesellschaft eine fürsorgliche Praxis wert? (...) Wir

betrachten Gender und Care in der Lebenslaufperspektive. (...) Auf der Tagung sollen daher Perspektiven einer Arbeitsgestaltung diskutiert werden, die allen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern eine fürsorgliche Praxis ermöglicht und die zugleich geschlechtergerecht ist. Zur Beantwortung der Fragen haben wir Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler mit aktuellen Forschungsergebnissen eingeladen, auch aus unseren Nachbarländern Österreich und der Schweiz. Mit Vertreter/innen von Gewerkschaften und Verbänden wollen wir diskutieren, wie ausreichend Zeit und Geld für eine fürsorgliche Praxis bereitgestellt werden kann.



ALAN – Artificial Light at Night

1st International Conference on Artificial Light at Night

28.- 30. Oktober 2013, Berlin

www.verlustdernacht.de/alan2013-en.html

The Verlust der Nacht collaboration and the International Dark Sky Association are pleased to announce the first interdisciplinary conference on Artificial Light at Night. The conference program will consist of 12 plenary talks, contributed talks in parallel sessions, and a poster session. If you would like to be kept informed of conference news, please send an email to alan2013@wew.fu-berlin.de.

We are looking forward to seeing you in Berlin!

LichtGestalten

Die Satellitenfotos, die *Chris Hadfield* Anfang des Jahres vor allem auch von nächtlichen Städten in der ganzen Welt gemacht hat – in einer Auflösung, die bisherige Satellitenfotos nicht boten –, haben große Verbreitung in den Medien gefunden und waren ein Anlass für ein Projekt von Studierenden der Stadt und Regionalplanung der TU Berlin. Sie öffnen den Blick auf die nächtliche Stadt und erlauben im Vergleich zwischen Satellitenbildern der Städte bei Nacht und bei Tag neue Erkenntnisse über die Morphologie der Stadt. Sie werfen aber auch Fragen auf: Sind die Fotos, die durch die Medien gehen, das Bild der nächtlichen Stadt oder ändert sich das Bild im

Laufe der Nacht? Um eine erste Antwort auf diese Frage zu geben, haben die Studierenden u. a. ein Zeitraffervideo der Veränderung der nächtlichen Beleuchtung am Alexanderplatz in Berlin erstellt, das zeigt, wie deutlich sich die Beleuchtung an diesem „Lichthotspot“ in Berlin verändert. Das Video steht unter Time-Lapse @Alexanderplatz Berlin (<http://www.youtube.com/watch?v=wDJaMnZixv8>) bei YouTube zur Verfügung. Das Studienprojekt wurde im Zusammenhang des Forschungsverbundes Verlust der Nacht (www.verlustdernacht.de) durchgeführt.

Dietrich Henckel

ZeitWörter als App

Die Online-„ZeitSchrift“ (www.die-zeit-schrift.de) der gewerkschaftsnahen TEMPI Gesellschaft für ganzheitliche Arbeitszeitberatung mbH verschickt regelmäßig per Email an Interessenten in dichter Folge kostenfrei den ZeitBrief und an Abonnenten die „ZeitSchrift“ mit aktuellen Informationen zu Arbeitszeit, Schichtarbeit, Zeitwirtschaft und vielen weiteren Arbeitszeit-Themen. Aus dem ZeitBrief 258, 9. 6. 2013 zitieren wir folgendes Angebot:

„Ab sofort stehen Ihnen, sofern Sie ein Smartphone oder Tablet mit Android-Betriebssystem bzw. ein Apple iPhone oder iPad mit iOS-Betriebssystem besitzen, die Apps „ZeitWörter“ zur Verfügung! Kostenfrei erhalten Sie zu rund 500 Begriffen aus der Welt der Arbeitszeit und der Zeitwirtschaft die Definitionen und weitergehende Erläuterungen. Zu sehr vielen Begriffen erhalten Sie unterhalb der erläuternden Texte Links zu weitergehenden Informationen, die auf Artikel und Rechtsprechungskommentare in der ZeitSchrift verweisen. Diese Links sind nach einmaligem Online-Kauf (4,49 €) sofort und unbegrenzt verfügbar. Mit jeder neuen Ausgabe der ZeitSchrift werden diese Informationen aktualisiert. Die ZeitWörter-Apps sind die Vorboten eines eBook, welches

in wenigen Wochen in dem noch jungen Verlag „Delgany Publishing“ (Hamm/Westf.) erscheinen wird. Es ist der erste Band der neuen Edition „Arbeitszeitwissen heute“, einer Reihe von eBooks und paperBooks im handlichen A6-Format. Inhaltlich werden sich alle Bände dieser Edition mit Themen aus der Welt der Arbeitszeit und der Zeitwirtschaft befassen. Band 2 „Zeitwirtschaftssysteme regeln – nutzen – kontrollieren“ ist für Ende September angekündigt. Danach wird es Schlag auf Schlag weiter gehen.

Alles Wissenswerte rund um die Edition „Arbeitszeitwissen heute“ erfahren Sie bereits jetzt über die Homepage www.arbeitszeitwissen-heute.de. Dort erhalten Sie auch die Direkt-Links zu den Apps in den jeweiligen App-Stores.“



Vom Zaudern. Motive des Aufschubs, Übergangs und Abschweifens

Ausstellung im Württembergischen Kunstverein, Stuttgart

25. Mai – 4. August 2013

www.wkv-stuttgart.de/programm/2013/ausstellungen/vom-zaudern

Bani Abidi, Pilar Albarracín, Artie. Texte aus der fröhlichen Wissenschaft, Robert Barry, Rolf Dieter Brinkmann, Mircae Cantor, Carlfriedrich Claus, Sigmund Freud, Jacob und Wilhelm Grimm, Herbordt/Mohren, Runa Islam, Anna K. E., Gerald Van Der Kaap, Mobile Academy (Hannah Hurtzig, Karin Harrasser, Chris Kondek) / Joseph Vogl, Christian Morgenstern, Anna Oppermann, Dan Perjovschi, Lia Perjovschi, Andreas Schulze, Stefanie Seibold, Jan-Peter E. R. Sonntag, Jean-Marie Straub / Danièle Huillet

Neue Literatur

Neue Veröffentlichungen von Mitgliedern

Bitte senden Sie Informationen über Ihre Veröffentlichungen an helga.zeiher@gmail.com



Dietrich Henckel, Susanne Thomaier, Benjamin Könecke, Stefano Stabilini, Roberto Zedda (eds.)

Space Time Design for the Public City

2013

Amsterdam: Springer

245 Seiten

Time has become an increasingly important topic in urban studies and urban planning. The spatial-temporal interplay is not only of relevance for the theory of urban development and urban politics, but also for urban planning and governance. The space-time approach focuses on the human being with its various habits and routines in the city. Understanding and taking those habits into account in urban planning and public policies offers a new way to improve the quality of life in our cities. Adapting the supply and accessibility of public spaces and services to the inhabitants' space-time needs calls for an

integrated approach to the physical design of urban space and to the organization of cities.

In the last two decades the body of practical and theoretical work on urban space-time topics has grown substantially. The book offers a state of the art overview of the theoretical reasoning, the development of new analytical tools, and practical experience of the space-time design of public cities in major European countries. The contributions were written by academics and practitioners from various fields exploring space-time research and planning.

(Verlagstext)



Hartmut Rosa

Beschleunigung und Entfremdung

Entwurf einer kritischen Theorie spätmoderner Zeitlichkeit

Aus dem Englischen von Robin Celikates

2013

154 Seiten

Was ist ein gutes Leben – und warum haben wir keins? Die rasante Beschleunigung des sozialen Lebens ist eines der hervorstechenden Merkmale der Gegenwart, wird in den Sozialwissenschaften aber häufig übersehen. Hartmut Rosa hat mit seinen maßgeblichen Untersuchungen diesbezüglich Grundlagenarbeit geleistet. In seinem neuen Essay legt er dar, wie eine kritische Gesellschaftstheorie verfasst sein muss, die den Zusammenhang von Beschleunigung und Entfremdung ernst nimmt.

Im Mittelpunkt steht die Frage nach dem guten Leben – und warum es uns heute vielfach nicht gelingt, ein solches zu führen. Immerhin sind durch die Liberalisierung moralischer Normen und sozialer Konventionen die in den westlichen Gesellschaften vorhandenen Freiräume des Einzelnen größer

denn je, sich ein eigenes Konzept des guten Lebens zu wählen und zu verwirklichen. Dieser Liberalisierung steht jedoch die scheinbar unaufhaltsame Beschleunigung des sozialen Lebens im Kapitalismus gegenüber. Dieses Regime der Deadlines lässt Lebensentwürfe scheitern und führt zu einem sich immer stärker ausbreitenden Gefühl der Entfremdung.

Behutsam und anhand von konkreten Beispielen sucht Rosa nach Formen nichtentfremdeten Lebens. Sein pointierter Essay ist nicht nur eine konzise Einführung in die Theorie der Beschleunigung, sondern eröffnet auch erste Perspektiven, wie wir dem rasenden Stillstand entkommen können.

Im Original erschienen unter dem Titel *Alienation and Acceleration. Towards a Critical Theory of Late-Modern Temporality* (NSU Press).
(Verlagstext)

Beiträge in Sammelbänden und Zeitschriften

Jurczyk, Karin (2013):

Flexible Work: Implications for the Social Meaning of Children.

in: Anne Lise Ellingsaeter, An-Magritt Jensen and Merete Lie (eds.):

The Social Meaning of Children and Fertility Change in Europe.

Routledge: London and New York, 48-67.

Mückenberger, Ulrich (2012):

Zeitwohlstand und Zeitknappheit als Indikatoren für individuelle und gesellschaftliche Wohlfahrt.

in: Becker-Stoll, F., Klös, H.-P., Rainer, H., Thüsing, G. (Hg.): Expertisen zum Achten Familienbericht „Zeit für Familie“

München: ifo-Institut, S. 11-47.

Picot, Sibylle (2012):

Zehn Jahre freiwilliges Engagement Jugendlicher: Erwartete und unerwartete Entwicklungen.

in Forschungsjournal Soziale Bewegungen. Analysen zu Demokratie und Zivilgesellschaft, Heft 4, 2012. S. 84-88.

Rinderspacher, Jürgen P. (2012):

Zeitwohlstand – Kriterien für einen anderen Maßstab von Lebensqualität.

in: WISO, Nr. 1/2012, S. 11-26.

Seifert, Hartmut, Groß, Hermann (2013):

Ehrenamt und Arbeitszeit – ein Vereinbarkeitsproblem?

in: Berufsbildung in Wissenschaft und Praxis, 42(1) S. 18-22.

Seifert, Hartmut, Kümmerling, Angelika, Riedmann, Arnold (2013):

Langzeitkonten – überschätzte Erwartungen einer biografieorientierten Zeitpolitik?

in: WSI Mitteilungen 66(2), S. 133-143.

Sie sind noch nicht Mitglied der DGfZP?

So können Sie es werden:

Bitte schicken Sie Ihre Anmeldung an die Geschäftsstelle der DGfZP:

Prof. Dr. Dietrich Henckel

Technische Universität Berlin

Institut für Stadt- und Regionalplanung

FG Stadt- und Regionalökonomie

Hardenbergstr. 40a - 10623 Berlin

Der jährliche Mitgliedsbeitrag beträgt 75,00 €, ermäßigt 40,00 €.

Er ist zu überweisen auf das Konto: Zeitpolitik e.V., 533 048 105,

bei der Postbank Berlin, BLZ 100 100 10.

Die DGfZP ist als Gemeinnütziger Verein anerkannt.



Mitgliedschaft in der Deutschen Gesellschaft für Zeitpolitik

Hiermit beantrage ich die Mitgliedschaft in der Deutschen Gesellschaft für Zeitpolitik e.V.

NAME _____

INSTITUTION _____

STRASSE UND HAUSNUMMER _____

POSTLEITZAHL UND ORT _____

TELEFON _____

FAX _____

E-MAIL _____

DATUM UND UNTERSCHRIFT _____

Deutsche Gesellschaft für Zeitpolitik

Deutsche Gesellschaft für Zeitpolitik Gemeinnütziger e.V.

Geschäftsführender Vorstand:

Prof. Dr. Ulrich Mückenberger,
Bremen und Hamburg
Dr. Jürgen P. Rinderspacher, Hannover
Prof. Dr. Dietrich Henckel, Berlin
Dr. Helga Zeiher, Berlin

Beratender Vorstand:

Dr. Uwe Becker, Düsseldorf
Prof. Dr. Christel Eckart, Kassel
Björn Gernig, Bremen
Dr. Karin Jurczyk, München
Dr. Christiane Müller-Wichmann, Berlin

Geschäftsstelle:

Prof. Dr. Dietrich Henckel
Technische Universität Berlin
Institut für Stadt- und Regionalplanung
FG Stadt- und Regionalökonomie
Hardenbergstraße 40a · 10623 Berlin
Tel.: 030 / 314 280 89
(Sekretariat Constanze Eichhorst)
Fax: 030 / 314 281 50
d.henckel@zeitpolitik.de

Kontoverbindung: Zeitpolitik e.V.
Postbank Berlin
Konto-Nr. 533 048 105
BLZ 100 100 10

www.zeitpolitik.de

Impressum

Das Zeitpolitische Magazin (ZpM) für die Mitglieder der Deutschen Gesellschaft für Zeitpolitik e.V. und für Interessierte im Umfeld erscheint mehrmals im Jahr. Es wird von der DGfZP herausgegeben. Es ist kostenfrei und wird als PDF-Datei per eMail verschickt. Bestellung und Abbestellung bitte formlos an die Redaktion.

ISSN 2196-0356

Verantwortlich für Inhalt (V.i.S.d.P. und gemäß § 10 Absatz 3 MDStV): Ulrich Mückenberger (Thema) und Helga Zeiher.

Redaktion:

Dr. Helga Zeiher - helga.zeiher@gmail.com (Koordination)
Etta Dannemann, Dipl.-Ing. (Arch.) - ettadannemann@web.de
Elke Großer, M. A. - elke-grosser@t-online.de
Dr. Martina Heitkötter - heitkoetter@dji.de
Prof. Albert Mayr - timedesign@technet.it
Dr. Ulrike Schrapf - ulrike.schrapf@googlemail.com

Satz: Anna von Garnier - post@annavongarnier.de

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht notwendigerweise die Meinung der Redaktion wieder. Das ZpM ist als Gesamtwerk urheberrechtlich geschützt. Das Copyright liegt bei der Deutschen Gesellschaft für Zeitpolitik e.V., das Urheberrecht namentlich gekennzeichneten Artikel liegt bei deren Verfasser/innen.

Das Zitieren aus dem ZpM sowie die Übernahme namentlich nicht gekennzeichneten Artikel ist gestattet, solange solche Inhalte keiner kommerziellen Nutzung dienen und die Deutsche Gesellschaft für Zeitpolitik e.V. als Quelle genannt wird. Die Redaktion bittet um Zusendung eines Belegexemplars.

Das ZpM wird mit größtmöglicher Sorgfalt erstellt; Links auf Webseiten von Dritten werden auf Funktionalität geprüft. Mit Urteil vom 12. Mai 1998, Aktenzeichen 312 O 85/98 „Haftung für Links“, hat das Landgericht Hamburg entschieden, dass man durch die Anbringung eines Links die Inhalte der verlinkten Webseite ggf. mit zu verantworten hat. Dementsprechend distanziert sich das ZpM ausdrücklich von allen Inhalten der Webseiten von Drittanbietern, auf die ein Link gelegt wird. Wir machen uns deren Inhalte nicht zu eigen.

Verletzungen von Urheberrechten, Markenrechten, Persönlichkeitsrechten oder Verstöße gegen das Wettbewerbsrecht auf fremden Webseiten waren nicht augenscheinlich und sind der Redaktion eben so wenig bekannt wie eine dortige Erfüllung von Straftatbeständen.